Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando **3** Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3½ Mark.
Für Rußland **3** Rubel pro halbes Jahr.

Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-Spaltzeile von Abonnenten mit **15** R.-Pf., von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit **20** R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile **25** R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind **spätestens** bis Nachmittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten **10** R.-Pf.

№ 267. Memel, Freitag, den 14. November. **1879.**

Die Aufbringung der Gemeinde-Abgaben.

I.

Die laufende Session des Preußischen Landtages scheint dazu bestimmt, die mancherlei Reste aufzuarbeiten, welche aus den früheren Sessionen geblieben sind. Kann es auch fraglich erscheinen, ob es „beaux restes“ sind, um die es sich handelt, so sind es doch sicherlich stattliche Reste. Die Schwierigkeiten zwischen den drei Faktoren, Staatsregierung, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, eine Uebereinstimmung in Betreff der wesentlichen Grundsätze einzelner Zweige der inneren Verwaltung zu erzielen, hat manchen Entwurf zu hohen Jahren kommen lassen, und einzelne dürften nicht gar zu fern von dem Jubiläum der erneuten Einbringung sein. Jetzt sind die drei Faktoren, das heißt die Mehrheiten innerhalb derselben, eines Sinnes, und die Gelegenheit wird wohl benutzt werden, für diese Einmüthigkeit Gesetzesmonumente zu schaffen. Bei der zeitgemäßen Revisionsfreudigkeit ist es allerdings fraglich, ob ein solches Monument „aere perrennius“ sein wird, aber immerhin wird es eine geraume Zeit dauern.

Zu den vornehmsten Resten der erwähnten Art gehört der Gesetzentwurf betreffend die Aufbringung der Gemeindeabgaben. Hier handelt es sich um sehr bedeutende Summen und um die Frage, in welcher Weise und bis zu welchem Maße die Organe der Selbstverwaltung berechtigt sein sollen, diese Summen den einzelnen Bürgern abzunehmen. Die 39 Paragraphen des Entwurfes sind inhaltsschwer, das bekunden schon äußerlich die Motive, welche 110 Groß-Quartseiten in Anspruch nehmen. In den Motiven aber ist viel Lehrreiches enthalten, sie sind mit großem Fleiß ausgearbeitet und legen Zeugniß dafür ab, daß wirklich der Preußische Herr Premier-Minister Fürst Bismarck amtlich wissen kann, was der Deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck amtlich ignorirt. Wir entsinnen uns wenigstens im Reichstage von dem Fürsten-Reichskanzler gehört zu haben, daß der Landbewohner ungleich stärker zu den Staatslasten herangezogen sei als der Städter; und hier in den Motiven wird uns als Gegenstück der statistische Nachweis geliefert, wie ungleich höher die Kommunalabgaben in den städtischen als in den ländlichen Gemeinden sind. Von den Gemeinde-Steuern entfielen im Jahre 1876 auf den Kopf der Gesammtbevölkerung des Staates 5,42 M. und zwar in den Stadtgemeinden 9,58 M., auf dem platten Lande 3,27 Mark. Die Materie des Gesetzentwurfes ist bekannt; wir wollen deshalb aus den Motiven erst Einiges von allgemeinem Interesse voraufnehmen, ehe wir davon sprechen, wie der jetzige Entwurf mit dem früheren übereinstimmt und worin er sich von den desfalls ausgesprochenen anderweiten Wünschen des Abgeordnetenhauses unterscheidet.

Nach den statistischen Ermittelungen für das Jahr 1878 belief sich der Gesammtbetrag der Kommunalsteuern im Preußischen Staate auf mehr als 139 Millionen Mark, und zwar wurden von denselben ca. 84 Mill. Mark in den Stadtgemeinden und 55 Mill. Mark in den Landgemeinden mit Ausschluß der Gutsbezirke aufgebracht. Hiervon wurden 57,8 Mill. Mk. (nämlich 29 Mill. in den Stadtgemeinden und 28,8 Mill. in den Landgemeinden) als Zuschläge zu den direkten Staatssteuern; 40¼ Mill. Mk. (nämlich 31½ Mill. in den Stadtgemeinden und 8¾ Mill. in den Landgemeinden) in Form von Kommunaleinkommen-Steuern nur 41 Mill. Mark (nämlich 23½ Mill. in den Stadtgemeinden und 17½ Millionen in den Landgemeinden) als besondere direkte und als indirekte Gemeindeabgaben erhoben. Im Vergleich mit dem Jahre 1857 sind die Gemeindeabgaben bis zum Jahre 1876 in den acht älteren Provinzen des Staats um 71½ Millionen Mk. oder 159 pCt., in der Provinz Brandenburg um 243 und in der Provinz Westphalen sogar um 286 pCt. gestiegen. In den Stadtgemeinden ist die Belastung im Jahre 1876 gegen 1849 in den acht älteren Provinzen von 17¼ auf 54½ Mill. Mark, d. h. um 215 pCt., gegen 1869 im ganzen Staate von 48 auf 84 Millionen Mk., d. h. um 75 pCt. gestiegen. Auf den Kopf der städtischen Bevölkerung entfielen 1849 3,77 Mk., 1869 6,47 Mk., 1876 9,58 Mk. an Gemeindesteuern.

Von dem Gesammtbetrage der Gemeindesteuern in Höhe von 139¼ Millionen Mark werden etwa 4½ Millionen Mark durch indirekte, 134¾ Millionen Mark direkte Gemeindesteuern aufgebracht. Was nun den vorliegenden Gesetzentwurf anlangt, so ist derselbe zunächst dazu bestimmt, die Aufbringung und Vertheilung der Gemeindeabgaben für den ganzen Umfang der Monarchie — mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande — einheitlich zu regeln. Der Entwurf enthält in den §§ 1 bis 9 die Bestimmungen über die Arten und die Vertheilung der Gemeindeabgaben, in den §§ 10 bis 27 die Grundsätze über die Beitragspflicht der Abgabenpflichtigen und in den §§ 26 bis 39 die formellen und Uebergangsbestimmungen. Die direkten Gemeindeabgaben sollen in der Regel als Zuschläge zu den direkten Staatssteuern erhoben werden, jedoch kann an Stelle der Zuschläge zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer eine besondere Gemeinde-, Liegenschafts-, Haus- oder Gewerbesteuer treten. Die Gemeinde ist befugt, innerhalb der in dem Gesetze bestimmten Grenzen eine verschiedenartige Belastung der einzelnen direkten Staatssteuern, sowie eine gänzliche oder theilweise Freilassung der beiden ersten Stufen der Klassensteuer und deren Zerlegung in Zwischenstufen eintreten zu lassen. Die Beibehaltung oder neue Einführung besonderer, von dem Systeme der Staatssteuergesetzgebung abweichenden Kommunaleinkommensteuern wird als unzulässig bezeichnet, dagegen die Beibehaltung der [illegible] und der [illegible] Grund- und Gebäudesteuer in der Stadt Altona zugelassen.

Die sonstigen zur Zeit bestehenden besonderen direkten Gemeindeabgaben können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde beibehalten werden, eine neue Einführung solcher besonderen Gemeindeabgaben kann außerdem, wenn auch nur unter Genehmigung der Centralbehörden, stattfinden. Dasselbe gilt, jedoch mit Ausschluß der Mahlsteuer, von den indirekten Gemeindeabgaben, hinsichtlich deren eine Einführung kommunaler Schlachtsteuern unter theilweiser Abänderung der Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Mai 1873 in allen Gemeinden für zulässig erklärt wird. Bezüglich der Grundsätze, nach welchen die Beitragspflicht der Abgabepflichtigen geregelt werden soll, ist noch das Folgende hervorzuheben. Im § 14 wird die Beibehaltung der bisherigen Exemtionen der unmittelbaren und mittelbaren Beamten, der Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer, sowie deren Hinterbliebenen angeordnet. In den §§ 15—17 ist die Beitragspflicht der Forensen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und juristischen Personen, mit Einschluß des Staatsfiskus, der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände geregelt; ferner sind in den §§ 18—20 die Grundsätze für die Ermittelung der Prinzipalsteuersätze behufs Erhebung der Gemeindezuschläge zu den direkten Staatssteuern, namentlich für die Feststellung des steuerbaren Rein-Einkommens der Forensen, Actiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Berggewerkschaften festgestellt; in den §§ 21 bis 23 die Anordnungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung desselben Einkommens, insbesondere bei Aktionären, Kommanditisten und Gewerken, sowie bei Personen mit mehrfachem Domizile getroffen und im § 25 der Beginn und das Erlöschen der Abgabenpflicht an bestimmte Kriterien gebunden. Inwieweit der vorliegende Entwurf von dem des vorigen Jahres, namentlich aber von den Beschlüssen der Commission des Abgeordnetenhauses abweicht, werden wir in einem zweiten Artikel näher darlegen.

Politische Uebersicht.

r. Memel, 13. November 1879.

Im **Preußischen Abgeordnetenhause** hat erst die Etatsdebatte eine heiße Redeschlacht heraufbeschworen und bei den Eisenbahnvorlagen sehen wir dasselbe Schauspiel sich wiederholen — nur noch aufgeregter, rücksichtsloser. Aber die gouvernementalen Parteien sehen gleichmüthig dem Toben des Scheingefechts zu, den Ausgang der Schlacht kennen sie ja, der Sieg der Regierung ist ja außer allem Zweifel. In ähnlicher Lage sind jetzt die meisten Bundesregierungen den eben tagenden Landesvertretungen gegenüber. Auch die Nachrichten von dem Rücktritt des Grafen Stolberg-Wernigerode aus dem Preußischen Ministerium wie vom Vicekanzlerposten im Reich hat ohne Grund die Gemüther aufgeregt, der Herr Graf bleibt im Amte und Fürst Hohenlohe, den allmächtige Correspondenten bereits zum Nachfolger Bülow's ernannt haben, bleibt auf dem Botschafterposten in Paris. Nicht in gleichem Grade beruhigend und bestimmt lauten die authentischen Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck. Der Kanzler war in Berlin schon leidend. Eine so anstrengende Thätigkeit während einer Badecur, wie die seinige in Gastein, bleibt nicht ohne Folgen. Der Zustand des Fürsten ist, wie man hört, allerdings nicht ein lebensgefährlicher, wie hier und da zu lesen stand, aber immerhin nicht frei von Bedenken; jedenfalls ein solcher der ihm das Reiten und selbstverständlich auch das Reisen untersagt, wenngleich einige Correspondenten den Kanzler aus ihrem Dintenfasse heraus täglich reiten und jagen lassen. Daß unsere Staatsmänner der Reihe nach ihre Gesundheit in ihrem Berufe opfern haben nächst dem Reichskanzler Graf Roon, Minister v. Bülow und Minister Leonhard bewiesen, Anderer nicht zu gedenken. Vom Krankenbette aus hat Fürst Bismarck doch noch selbst die auswärtige Politik des Reches geleitet, und daß er das Steuer mit Glück und souveräner Sicherheit lenkte, das beweist der für Donnerstag 13. November, angekündigte Besuch des [illegible] Thronfolgers von [illegible]

Für die Aus[illegible] auf das Zustandekommen der **Eisenbahnprojecte** kann das Ergebniß der Debatte im Abgeordnetenhaus nur als ein günstiges bezeichnet werden. Principiell dagegen hat sich eigentlich nur die Fortschrittspartei erklärt, zu der noch einzelne kleinere Gruppen und dissentirende Mitglieder der Nationalliberalen hinzutreten werden. Aus der Mehrheit der Nationalliberalen und den beiden conservativen Fractionen allein ergiebt sich schon eine Majorität, die principiell geneigt ist, die Ankaufsverträge gutzuheißen, unter gewissen Gegenbedingungen, deren Formulirung näherer Verständigung vorbehalten bleibt, die aber aller Voraussicht nach auch gelingen wird, da auf allen Seiten Entgegenkommen herrscht und die Ansichten über die nothwendigen „Garantien“ nicht so weit auseinandergehen dürften, um eine Vereinbarung auszuschließen. Auch in der Rede des Ministers war nichts enthalten, was auf eine schroffe Abweisung der seitens des Abgeordnetenhauses gestellten Bedingungen schließen ließe. Das Centrum wird sonach zu einer Majorität für die Eisenbahnvorlagen gar nicht nöthig sein. Wahrscheinlich aber legt es schließlich doch Werth darauf, aus seiner neuen Rolle als regierungsstützende Partei nicht so bald wieder herausgedrängt zu werden.

Welche Gefahren sah man nicht von **Rußland** aus dem Deutschen Vaterlande drohen, gerade in jüngster Zeit näher als jemals drohen! Und dabei galt der Czarewitsch als das Haupt der Deutschenfeinde. Glaubte man doch stets, seine erste Regierungshandlung nach dem Tode des jetzigen Czaren würde die Kriegserklärung an Deutschland sein. Und dieser bisherige Führer der Antideutschen Bewegung kommt jetzt zur Versöhnung nach Berlin und läßt von Paris aus geflissentlich all' das Dementiren, was seit Jahren über seinen Deutschenhaß verbreitet wurde, ohne Widerspruch zu finden. Für den Fürsten Gortschakoff, der die ganze Politik der Entfremdung eingeleitet, um nicht zu sagen, angezettelt hat, liegt in diesen Besuchen des Großfürsten ein Desaveu, das stärker ist, als irgend ein politischer Schlag, der ihm versetzt werden konnte. Andererseits ist darin ein Sympton gegeben, daß die maßgebendsten Kreise des Petersburger Hofes nunmehr selbst darauf bedacht sind, die Sorge vor der agitatorischen Politik Rußlands, die nicht zum wenigsten in Wien und Berlin gehegt wurde, zu zerstreuen. Es ist ein Zeichen der Umkehr, das man bei uns ebenso freudig begrüßt wie in Oesterreich.

Mehr noch als bei uns, glaubte man schon in **Oesterreich-Ungarn** an die Nothwendigkeit eines Krieges gegen Rußland. Der Czarewitsch hat in Wien, die beruhigendsten Freundschaftsversicherungen gegeben, und Oesterreich, das jetzt in finanziellen Nöthen ist, das Bosnien noch immer nicht ganz pazifizirt hat, das in seinen

alten Provinzen so manchen Nationalitätenhader beschwichtigen muß, Oesterreich nimmt diese beruhigenden Erklärungen in diesem Augenblicke sehr dankbar auf.

Mit gewohntem Optimismus, der aber diesmal in der Lage Europas wohlbegründet ist, hat Lord **Beaconsfield** in seiner Rede bei dem Lord-Mayors-Bankett die Politik Englands charakterisirt. Seine Voraussagen lauteten günstig in wirthschaftlicher und politischer Hinsicht, und mit einem Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens, welches nicht verfehlen wird, eine gewisse, freudige Zuversicht in den weitesten Kreisen zu wecken entwickelte er die Meinung des Britischen Cabinets, es werde nicht nur das gegenwärtig bemerkbare Wiederaufleben des Handels und der Industrie, sondern auch die wiederhergestellte Ruhe Europas eine permanente sein. Man wird nur zweierlei in Beaconsfield's Rede vermissen: eine Auslassung über das Englische Vorgehen in Konstantinopel und einen Hinweis auf die Centralasiatischen Beziehungen zwischen England und Rußland. Wir erklären uns diese Lücken damit, daß sowohl die Unterhandlungen zwischen England und Rußland als auch diejenigen zwischen England und der Pforte in der Schwebe sind. Bis zum 16. d. M. ist bekanntlich dem Sultan eine Frist gestellt, und was die centralasiatischen Dinge betrifft, so kam, wie wir meldeten, eben erst Lord Dufferin aus Petersburg in Hatfield an, um dem Marquis v. Salisbury die Russischen Vorschläge zu überbringen. Aus dem Tone der Rede ist jedoch zu entnehmen, daß Beaconsfield in Petersburg wie in Konstantinopel eines guten Erfolges gewiß sein darf.

Dem Seesiege, welchen die **Chilenen** über die Peruaner erfochten, indem sie das berüchtigte Peruanische Panzerschiff „Huascar" kaperten, ist rasch ein zweiter, ebenso bedeutungsvoller Sieg gefolgt. Wie aus Paris gemeldet wird, haben die Chilenen die in der Provinz Tacna gelegene Peruanische Hafenstadt Pisagua nach heftigem und blutigem Kampfe genommen. Offenbar hat, während die Chilenische Flotte die Stadt von der Seeseite angriff, eine Landung Chilenischer Truppen stattgefunden, welchen es gelang, die als Stapelplatz für Salpeter und als Ausgangspunkt der Eisenbahn nach Sal de Obispo werthvolle Hafenstadt in ihre Gewalt zu bekommen. Bekanntlich ist in diesem muthwillig durch Bolivia und Peru provocirten Kriege das Recht auf Seite der fleißigen und tüchtigen Bewohner Chilis, auf deren Kosten sich die faulen und verarmten Bolivier und Peruaner durch eine Taxe auf Salpeter bereichern wollten.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 12. November. Wenn Inspektor Bräsig unter schwermüthigen Seufzern die Erklärung abgiebt: „Die Armuth kommt von der großen Pauverteh", so lachen wir herzlich, behalten aber auch den guten Alten herzlich lieb, weil wir nicht seine Philosophie, sondern die untrügliche Biederkeit seines Charaters an ihm schätzen. [illegible] ohne Schaden an seinem Ansehen zu nehmen, denn seinen bescheidenen Platz füllt er vortrefflich aus, auch wenn die Definitionen seine starke Seite nicht sind. Wenn aber der Minister eines großen Staates oder der parlamentarische Führer einer großen Partei dem Inspektor Bräsig seine philosophischen Lorbeeren neiden und als das Ergebniß ihres reiflichen Nachdenkens, als Grundlage ihrer Verwaltungsmaximen, mit dem vollen Brusttone der Ueberzeugung den tiefsinnigen Satz verkünden: „Der Staatskredit beruht auf dem Vertrauen, das man zu dem Staate hat," — so lachen wir eben auch, doch kommt uns das Lachen nicht von Herzen. Herr Maybach oder Herr v. Rauchhaupt oder beide zugleich haben das Verdienst, die sozialpolitische Weisheit des Inspektor Bräsig in das Finanzpolitische übersetzt zu haben. Die Wahrheit ist immer so einfach, so schlicht, und darum sind es auch häufig die schlichtesten Gemüther, welche auf solche Wahrheiten kommen. — Außer dem eben angeführten Satze hörten wir von Herrn v. Rauchhaupt im Wesentlichen nur noch den Refrain: „Ich bin der Meinung des Herrn Reichskanzlers." Mit Fug machte Herr Richter auf das Unvorsichtige eines solchen Bekenntnisses aufmerksam, da vermuthlich doch Fürst Bismarck seit den Sommermonaten seine Ansichten wenigstens in Bezug auf Oesterreich geändert habe. Richters Rede war überhaupt eine der besten, die er je gehalten. Auf das schlagendste wies er nach, daß Fürst Bismarck und mit diesem Herr Maybach die Eisenbahnfrage lediglich als Machtfrage behandle, und daß die Erledigung derselben im Sinne der Vorlage der Regierung vollständig freie Hand gebe, nach ihrem Belieben vermittelst der Eisenbahntarife die Zölle illusorisch zu machen und überhaupt mit den Eisenbahnen hohe Politik zu treiben. Er wies ferner nach, daß die sogenannten Garantien unfindbar seien, vom konstitutionellen Standpunkte ebenso wie vom altkonservativen aus. Vor Richter hatte Kieschke gegen die Vorlage, Herr von Rauchhaupt fur dieselbe gesprochen. Die Ausführungen des letzten Redners, des freikonservativen Leuschner, gingen unter der Unruhe des Hauses fast verloren. Morgen wird Herr Maybach die Richtersche Rede beantworten.

Die Motive zu der Schankstätten-Steuer bezeichnen es als ganz zweifellos, daß die Schankstätten im Wesentlichen der Völlerei Vorschub leisten. Die Steuer soll dazu dienen, der Völlerei zu steuern durch Besteuerung. Der sehr ansehnliche Ertrag dieser Steuer wird auf 15,136,704 Mark veranschlagt. Wenn die Anschauung der Motive über den sittlichen Unwerth der Schankstätten richtig ist, so ist wohl auch der voraussichtliche Ertrag der in Rede stehenden Steuer in den einzelnen Regierungsbezirken ein ungefährer Gradmesser der daselbst vorhandenen Corruption. Wir geben deshalb nachstehend die bezüglichen Ziffern, deren wirklicher Werth im Sinne der Regierungsmotive allerdings erst im Zusammenhange mit der Bevölkerungszahl sich ergiebt. Da aber, wie gesagt, die Steuer eine Hebung der Sittlichkeit bezweckt, so ist ihr vermuthlicher demnächstiger Ertrag ein Maßstab für den nothwendig befundenen Grad der Repression. An der Spitze steht natürlich die Stadt Berlin, deren Gastwirthe durch eine Steuer von 1,433,880 Mark Zeugniß dafür ablegen sollen, daß in der Skala: „Sodom-Babel-Berlin" nicht die Deutsche Reichshauptstadt es ist, welche ihre verschollenen Städteschwestern beschämt, in wirklich gutem Sinne beschämt. Die Provinz Hannover soll ihren Durst mit 1,282,176 Mk. büßen, und der unausrottbare Hang der Provinz Schleswig zur Völlerei wird mit einer Steuer von 992,712 Mk. belegt. Sehr arg muß die Corruption im Regierungsbezirk Düsseldorf sein. Es ist geradezu unbegreiflich, wie dieser gesegnete, kunstbegabte und ungemein fleißige Bezirk zu einem Schankstättensteuer-Ertrage von der Höhe von vermuthlich 979,944 Mark sinken konnte. Wir lassen nun ohne begleitende Bemerkung die nakten Zahlen folgen, den Commentar mag sich der Leser selbst machen. Es wird erwartet aus dem

Regierungsbezirk	ein Ertrag von:
Breslau	736,824 Mark.
Arnsberg	681,456 „
Wiesbaden	581,880 „
Potsdam	576,744 „
Magdeburg	526,464 „
Merseburg	517,128 „
Frankfurt a. O.	482,928 „
Köln	473,952 „
Oppeln	458,808 „
Liegnitz	448,512 „
Kassel	442.752 „
Trier	439,776 „
Koblenz	433,776 „
Aachen	420,696 „
Königsberg	419,688 „
Posen	379,464 „
Stettin	359,520 „
Münster	334,248 „
Marienwerder	293,016 „
Minden	243,216 „
Danzig	240,360 „
Bromberg	235,584 „
Gumbinnen	233,256 „
Erfurt	223,056 „
Köslin	154,680 „
Stralsund	110,208 „

Frankreich.

Die Wahl eines Bonapartisten, des Marschalls Canrobert, zum Senator lenkt die Aufmerksamkeit der politischen Welt wieder einmal auf die Partei des Appells an das Volk. Der Chef des Hauses Bonaparte, Prinz Jerôme Napoleon, bewahrt nach wie vor ein vorsichtiges Schweigen über seine politischen Absichten und Ziele. Plon-Plon hütet sich, etwas zu unternehmen, was ihm und seinem Sohne Victor, der Hoffnung der Partei, die Ausweisung zuziehen könnte. Um so thätiger ist dafür ein gewisser Theil der auswärtigen Presse, die Vorzüge des „César déclassé" in ein glänzendes Licht zu stellen. Insbesondere wird in dieser Richtung in London und Rom gearbeitet, und ein zufälliger Correspondent der Independance Belge giebt aus der Ewigen Stadt einige in dieser Beziehung recht interessante Aufschüsse. Obwohl, schreibt derselbe, die radicale Gesinnung der großen Städte Frankreichs nichts Neues und daher auch die Wahl der zwei Ex-Communards Humbert und Garel zu Municipalräthen in Paris und Lyon erklärlich sei, obwohl die conservative Gesinung der Departements den Radicalismus der großen Centren mehr als aufwiege, so würden doch nach Don Basilio's bekanntem Recepte von der Verleumdung diese beiden Wahlen von einigen Römischen Journalen zur Einschüchterung und Beunruhigung der Gemüther ausgebeutet. „Unter solchen Umständen," ruft dazu ein Blatt, „kann Niemand wissen, welche Rolle nach dem Prinzen Jerôme und seinem Sohne vorbehalten ist." Und ein anderes Journal versichert, daß Prinz Jerôme sehr liberal und anti-clerical, seine Partei gagegen katholisch und für die Autorität sei. „Wir hätten somit," bemerkt der Correspondent der Independance Belge, „einen Chamäleon-Cäsar, dessen Vater Italiener war, dessen Sohn Italiener und dessen Frau die Schwester des Königs von Italien und die geistliche Tochter des Papstes ist." Der Traum der um den Thron sich schaarenden Italiener wäre aber die Versöhnung des Papstes mit Italien und die Erhebung des Prinzen Victor auf den Französischen Thron. Der Correspondent ermahnt schließlich die Franzosen, ein scharfes Auge auf die im Auslande gegen die Republik geplanten Unternehmungen zu haben, welche nichts Anderes bezwecken, als zuerst die Ansicht zu verbreiten. daß Europa sich über die Vorgänge in Frankreich beunruhigt fühle, und dann Frankreich mit dem Mißtrauen des Auslands einzuschüchtern, um im Innern eine Partei der Aengstlichen zu bilden. Das Weitere ergiebt sich von selbst.

Großbritannien.

London, 10. November. Die bevorstehende Verabschiedung des bisherigen Russischen Botschafters Grafen Schuwalow von London giebt der Times Anlaß zu einem längern Leitartikel. Den Grund seiner Abberufung anlangend, ist sie der Ansicht, daß dieser weder in einem von seiner Seite im Rathe seines Kaiserlichen Herrn davongetragenen Siege noch in einer etwa dort erlittenen Niederlage zu suchen sei. Es könne kaum angenommen werden, daß er bei seiner Rückkehr nach Petersburg den Fürsten Gortschakoff in dessen Amt ersetzen werde, und noch ungerechtfertigter erscheine die Annahme, daß er über den Gang, welchen die Russische Politik jüngster Zeit genommen, ungehalten sei. Eine viel naturgemäßere Erklärung seiner Abberufung liege in der Auffassung, daß, nachdem er fünf, für die Beziehungen Englands und Rußlands höchst ereignißvolle Jahre hindurch den hiesigen Botschafterposten versehen, er das Recht erlangt habe, zeitweilig von seinen Mühen und seiner Verantwortung entlastet zu werden, um vielleicht später zu noch höheren Würden zu steigen. Was das Verhalten des Grafen Schuwaloff gegenüber England betrifft, erkennt das leitende Blatt bereitwillig an, daß er, obwohl stets rege für das Interesse Rußlands thätig, in schwieriger Zeit das möglichste zur Verhinderung eines Bruches zwischen beiden Staaten gethan und zu seinem Theil zur Bewahrung des Friedens erfolgreich mitgewirkt habe. Jetzt, da die wesentlichen Ziele der Englischen Politik erreicht worden, sei übrigens kein Grund vorhanden, weshalb nicht England auf gutem Fuße mit Rußland stehen sollte, falls letzteres dies wünsche. Das Russische Volk müsse einsehen, daß die Engländer es weder um seine berechtigte Entwicklung in Asien beneideten, noch ihm seinen berechtigten Einfluß im Westen Europas oder im Osten mißgönnten. Seien nur Konstantinopel und Indien sicher, dann habe England keinen Wunsch danach, Rußland in seinen Bestrebungen scheitern oder schwere Verluste erleiden zu sehen. —

Spanien.

In Spanien sind die inneren Zustände nicht sehr erquicklich. Seitdem in Frankreich die republikanische Partei ans Ruder gekommen ist, empfindet man in den Madrider Regierungskreisen augenscheinlich Besorgnisse über die Rückwirkung der Zustände der großen Nachbarrepublik auf diejenigen des eigenen Landes. Wohl mit aus diesem Grunde scheint dort die Nachricht von dem Abschlusse der Oesterreichisch-Deutschen Allianz die Hoffnung erweckt zu haben: Spanien könne durch eine Annäherung an diese beiden Mächte die Bürgschaften für die Erhaltung seiner monarchischen Staatsordnung verstärken. Das bevorstehende Ehebündniß des Königs Alfonso mit einer Oesterreichischen Erzherzogin ist geeignet, die Anknüpfung solcher Bezichungen zu befördern, und insofern man dabei nur auf deren moralische Rückwirkung rechnet, läßt sich nichts dagegen einwenden. Die letztere würde sich voraussichtlich auch in einer für Spanien vortheilhaften Weise fühlbar machen. Eine weitere Bedeutung jedoch für die internationale Politik Europas würde einer derartigen Annäherung nicht beizulegen sein. Spanien befindet sich auf eine nicht absehbare Zeit hinaus nicht in der Möglichkeit, in irgendwelche Europäische Fragen eingreifen zu können. Seine militärische Organisation ist im Vergleich mit denen der großen Continentalmächte auf einem nur bescheidenen Fuß eingerichtet, und der höchst unsichere Zustand seiner Finanzen nöthigt es, sich von allen Verwickelungen fern zu halten. Glücklicherweise gestattet ihm seine geographische Lage auch, mit Erfolg eine solche Enthaltsamkeit üben zu können. Es ist in der That kaum denkbar, daß es wider seinen Willen in einen großen Europäischen Conflikt hineingezogen werden könnte. Es ist daher eine völlig müßige Phantasie, wenn es z. B. der „Soleil" in dem von ihm geträumten „Lateinischen Bündniß" figuriren läßt. Abgesehen davon, daß der jetzigen Spanischen Regierung gewiß nichts ferner liegt, als der Eintritt in eine solche Gemeinschaft, würde die Kraft dieses Bündnisses durch die Theilnahme Spaniens kaum eine auch nur merkliche Verstärkung erfahren.

Türkei.

Die Frist, welche England dem Sultan gewährt hat, um seinen guten Willen zur Durchführung der Reformen zu beweisen, ist eine ziemlich kurze. Nach einer Depesche der Agence Reuter aus Malta hat nämlich der Escadre-Commandant Admiral Hornby am 6. d. die Ordre erhalten, seine Abfahrt nach Vurla nur um zehn Tage zu verschieben. Die Pforte wird während dieser zehn Tage allerdings keine Reformen in's Leben rufen können, dagegen wird es ihr möglich sein, England das Recht der finanziellen und administrativen Controle in Kleinasien einzuräumen, Baker Pascha zum Chef der in Armenien zu organisirenden Gensdarmerie zu ernennen und Garantien dafür zu bieten, daß in der auswärtigen Politik der Türkei keine Wendung eintreten wird. Die Versicherung, welche Musurus Pascha in dieser Beziehung dem Marquis v. Salisbury gegeben, kann für die Aufrichtigkeit der von Mahmud Nedim und Said Pascha geleiteten Regierung ebensowenig als eine Gewähr betrachtet werden, als die von Fanfulla mitgetheilte Thatsache, daß alle Vertreter der Pforte den Auftrag erhalten haben, die Nachricht von einem zwischen der Türkei und Rußland bestehenden Einverständnisse zu dementiren. Das Cabinet von St. James scheint entschlossen zu sein, keine Versumpfung der Reformfrage eintreten zu lassen. In England schenkt man den Versicherungen der Pforte nicht den geringsten Glauben, das beweist die dem Admiral Hornby ertheilte Instruction, sowie auch die Sprache des gouvernementalen Standard, welche der Ueberzeugung Aus-

druck giebt, daß nicht einmal die Entlassung Mahmud Nedims genügen würde, um das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Türkischen Regierung zu beleben. „Die Haltung der Pforte", schreibt der Standard, „berechtige die Englische Regierung, dem Sultan kurz und bündig ein Reformprojekt mit der Erklärung zu unterbreiten, daß die sofortige Annahme und Ausführung desselben allein die Englische Regierung befriedigen könne. Um jede Art von Verschleppung der Reformarbeiten zu verhindern, sei es dringend nothwendig, eine Anzahl Europäischer Beamten nach Kleinasien zu entsenden." Was die Türkei zu erwarten hat, wenn sie den Englischen Vorschlägen nicht entsprechen sollte, das spricht der Standard dadurch aus, indem er es als durchaus nicht bedauerlich bezeichnet, wenn die Halsstarrigkeit der Türkischen Regierung die befreundeten Mächte nöthigen würde, die radicale Umbildung derselben ins Auge zu fassen. Die Pforte und die Regierung des Sultans, meint der Standard, seien der Reformen noch mehr bedürftig als die Verwaltung Kleinasiens. Ein reformirtes Stambul würde alles Nöthige im Gefolge haben. Die Krankheit der Türkei habe nicht in den Extremitäten, sondern in der Nähe des Herzens ihren Sitz.

Telegraphische Nachrichten.

München, 12. November. Die Abgeordnetenkammeg hat heute zu Artikel 2 des Eisenbahngesetzes den Antran des Ausschusses auf Wiedereinstellung aller gestrichener Linien mit 80 gegen 66 Stimmen angenommen, nur det Bau der Linie Poking-Passau wurde nach lebhafter De batte abgelehnt. Das ganze Gesetz wurde schließlich mi 102 gegen 43 Stimmen angenommen.

Wien, 12. November. Meldung der „Polit. Corr." aus Konstantinopel: Nach dem in dem gestrigen Ministerrathe erörterten neuen Finanzproject würden die Vorschuß-Gläubiger in Galata und die auswärtigen Gläubiger verschiedene Steuern pachten, sowie die Tabak- und Salz-Regie für die Regierung verwalten und sich hierdurch bezahlt machen; den auswärtigen Gläubigern würden überdies Beträge aus den Einkünften Cyperns und Rumeliens zugewiesen. Die Regierung soll sich indeß das Recht vorbehalten, die Gläubiger in Galata anderweitig zu befriedigen und mit den auswärtigen Gläubigern unter deren Zustimmung neue Engagements einzugehen, wodurch die Zölle für eine neue Finanzkombination ganz frei würden.

Pest, 11. November. Unterhaus. Bei der Debatte über die Vorlage betreffend die Verwaltung Bosniens sprachen Simonyi und Szilogyi gegen, Eber für die Vorlage. Die beiden Ersteren brachten Anträge ein, dahin gehend, die Vorlage nicht als Basis für die Spezialdebatte anzunehmen.

London, 11. November. Der Premier, Lord Beaconsfield, hatte heute eine Besprechung mit dem diesseitigen Botschafter in Petersburg, Lord Dufferin. — Ein Privattelegramm meldet, daß in Peru ein Ministerwechsel stattgefunden habe.

Mailand, 11. November. Ihre K. K. H. die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen ist, aus Alexandria kommend, hier eingetroffen und im Hotel de Ville abgestiegen.

Brüssel, 12. November. In der heutigen Deputirtenkammer erklärt in Beantwortung einer Interpellation der Minister des Auswärtigen, Frère-Orban, er werde am nächsten Dienstag die gewünschten Aufschlüsse über die Beziehungen der Belgischen Regierung zur Römischen Kurie ertheilen.

Telegraph. Dep. des Memeler Dampfb.

Berlin, 13. November. Das Abgeordnetenhaus beendete die erste Lesung der Vorlage betreffend den Erwerb mehrerer Privatbahnen und beschloß die Verweisung an eine 21gliedrige Kommission Im Laufe der Debatte erklärte Miquel Namens des größten Theils der Nationalliberalen sich für den Standpunkt der Regierung. Trotz mancher Vorzüge der Privatbahnen, dränge die ganze Entwickelung des Eisenbahnwesens in Preußen zum Staatsbahnsystem. Der Betrieb der Eisenbahnen sei naturgemäß Monopol des Staats. Ueber unerläßliche Garantieen gegen die Allmacht des Ministers, könne man sich in der Kommission verständigen. Der Minister Maybach behielt sich mit dem Finanzminister die Widerlegungen gegnerischer Einwendungen für die spätere Berathung vor.

Berlin, 13. November. Das Abgeordnetenhaus berieth ferner den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Staatsbahnen und der Betheiligung des Staats bei mehreren Privatbahnunternehmungen und beschloß die Ueberweisung an eine bereits beschlossene einundzwanzigliedrige Commission. Betreffs der Secundärbahnen erklärte der Minister Maybach, die Angelegenheit sei zur gesetzlichen Regelung noch nicht reif. Die Regierung nehme dazu aber die wohlwollendste Haltung ein. Er werde jede bezügliche Anregung dankbar annehmen und derselben soweit als möglich Folge geben.

London, 13. November. Eine Meldung des Bureau Reuter aus Malta vom 12. November besagt: Admiral Hornby ertheilte seinem Geschwader Ordre, sich bereit zu halten, in vier Tagen ostwärts abzusegeln.

Locales.

Memel, den 13 November.

* [Postalisches] Seit dem 10 d. coursiren die Dampfschiffe zwischen hier und Tilsit nur zweimal wöchentlich. Es ist in Folge dessen die Benutzung derselben zur Post-Beförderung vorerst geschlossen und findet die Beförderung der Postsachen wie in den früheren Zeiten zwischen hier und Schwarzort — vergl. die ausgegebenen Postberichte — statt.

ll. [Handwerkerverein] Ueber die Konkursordnung äußerte Herr Rechtsanwalt Geßner sich folgendermaßen: Wie bei dem Civilprozeß und anderen Zweigen der neuen Justizgesetze im Allgemeinen das Hannöversche Verfahren zur Grundlage gedient hat, so hat man bei der Konkursordnung doch das Preußische zu Grunde gelegt, weil dieses sich als das praktisch brauchbarste gezeigt hatte. Doch weist das neue Verfahren unserm alten gegenüber viele und wesentliche Abweichungen auf. Machte man früher einen Unterschied zwischen kaufmännischem und gemeinem Konkurs, so ist dieser Unterschied in dem neuen Gesetz fortgefallen und man kennt jetzt nur ein Konkursverfahren. Auch darin, daß nach dem neuen Gesetz die Ehefrau mit ihrem Vermögen nicht mehr das frühere Vorzugsrecht genießt, sondern den anderen Konkursgläubigern im Allgemeinen gleichgestellt ist, zeigt das neue Verfahren gegen das frühere eine recht einschneidende Aenderung. Die Eröffnung des Konkursverfahrens setzt Zahlungsunfähigkeit voraus; während nun aber früher ein Kaufmann zur Anmeldung des Konkurses verpflichtet war, sobald sich in seinen Büchern die Schuldmasse als größer ergab, als das Vermögen, so geht das neue Gesetz von dieser Bestimmung ab und läßt es jedem Geschäftsmann unbenommen, besonderen Glücksfällen oder günstigen Konjunkturen zu vertrauen, und, so lange es eben geht, weiter zu wirthschaften. Das Verfahren wird eröffnet auf Antrag des Gemeinschuldners oder eines seiner Gläubiger, wenn dieser seine Forderung und die Zahlungsunfähigkeit des Cridars glaubhaft macht Indem sodann über die Konkursmasse ein besonderer Verwalter gesetzt wird, verliert der frühere Besitzer der Masse jede Disposition über dieselbe, wenngleich ihm die Eigenthumsrechte gewahrt bleiben. Zur Konkursmasse gehört jedoch nur soviel von dem früheren Eigenthum des Gemeinschuldners, als dieser in dem Augenblicke der Konkurseröffnung besessen hat, nicht auch das, was er etwa während des Verfahrens erwirbt. Bei einer Akkordschließung bleibt dieses dann überhaupt unberücksichtigt, während bei einer Ausschüttung der Masse es den Gläubigern nach Beendigung des Verfahrens freisteht, soweit dies eben die Bestimmungen hinsichtlich der Zwangsvollstreckung gestatten, auch auf dieses nachträglich erworbene Vermögen ihr Augenmerk zu richten. Früher gewann der in Konkurs gerathene Geschäftsmann, die durch denselben vielfach beschränkten bürgerlichen Ehrenrechte erst durch eine seitens des Gerichts zu erklärende Rehabilitation in vollem Maße wieder, während jetzt diese Wiedereinsetzung in die vollen Bürgerrechte, schon mit der Beendigung des Conkursverfahrens erfolgt, falls nicht dabei die interessirten Corporationen Anderes statutarisch festsetzen. Von dem Gemeinschuldner kann während des Verfahrens keine Thätigkeit verlangt werden; wird solche geleistet, so ist sie aus der Masse zu honoriren. Demgegenüber hat aber auch der Gemeinschuldner keine Competenzen mehr aus der Masse zu beanspruchen; doch kann ihm durch den Verwalter mit Genehmigung des Gerichts ein nothdürftiger Unterhalt aus der Konkursmasse gewährt werden, welchem die zusammen zu berufende Gläubiger-Versammlung ihm freilich nach Belieben wieder entziehen kann. Als ihr Eigenthum darf die Frau alles das reklamiren, was sie nachweislich während der Ehe aus ihrem eigenen Vermögen sich angeschafft oder was ihr Gemahl ihr vor länger als 2 Jahren zum Geschenk gemacht hat. Alle sonstigen Erwerbungen, welche auch nur zum Theil aus dem Vermögen des Mannes gemacht sind, gehören zur Konkursmasse und bleibt es der Frau überlassen, ihre etwaige Forderung als Gläubigerin aus der Masse zu liquidiren. Personen, welche Pfand- und Hypothekenrechte oder sonstige Vorzugsrechte an Gegenständen der Konkursmasse haben, können abgesonderte Befriedigung aus denselben beanspruchen. Faustpfandrechte bestehen an beweglichen körperlichen Dingen nur, wenn der Gläubiger oder ein Dritter für ihn den Gewahrsam der Sache oder aber die über die Forderung oder das Vermögensrecht ausgestellte Urkunde erlangt und behalten hat. Im Uebrigen wird an dem Grundsatze festgehalten, daß jeder Konkursgläubiger gleiche nach Verhältniß des begründeten Anspruchs sich richtende Befriedigung findet. Um die Rechtmäßigkeit bestimmter Handlungen betheiligter Personen oder bestimmter Ansprüche zu prüfen, ist es nothwendig, daß ein Tag festgesetzt wird, welcher als der Tag der Zahlungseinstellung zu gelten hat; denn der Erwerb von Pfandstücken, wie auch Abfindungen von Konkursgläubigern seitens des Gemeinschuldners, so weit ihm eine Verpflichtung hierzu noch nicht oblag, besteher nur dann zu Recht, wenn sie länger als 10 Tage vor dem Tage der Zahlungseinstellung vor sich gegangen sind. Ebenso sind alle vermögensrechtlichen Verträge mit Verwandten, die innerhalb eines Jahres, wie auch alle innerhalb 2 Jahren der Frau und innerhalb eines Jahres anderen Personen gemachten Schenkungen anfechtbar. Ausgeschlossen hiervon bleiben jedoch die gewöhnlichen Gelegenheitsgeschenke zu Geburtstagen ꝛc. Uebrigens dürfen die gemachten Geschenke nur insoweit zurückgefordert werden, als sie noch nicht verbraucht sind. Dieser Tag der Zahlungsstellung wird aber nunmehr nicht vom Gericht ein- für allemal festgestellt; sondern bei jeder einzelnen Anfechtungsklage des Verwalters hat dieser für jeden Prozeß besonders diesen Tag zu fixiren und den Beweis zu liefern. Kommt es zum Vertheilungsverfahren, so haben Dienstboten, Feuerkassen, Aerzte und Apotheker das Vorzugsrecht; in ähnlicher Weise müssen auch die öffentlichen Abgaben, sowie die Ausgaben zur Erziehung der Kinder vorweg geleistet werden. Trotz alledem stehen die Konkursgläubiger heute viel günstiger, als früher, weil einmal die Frau des Gemeinschuldners weniger günstig gestellt ist, und dann auch die früher so sehr wesentlichen Liquidate der Gerichtskasse kein Urzugsrecht mehr genießen, sondern mit den übrigen Gläubigern nur diese Rechte haben. Hier brach der geehrte Redner, weil die Zeit schon vorgeschritten war, seinen Vortrag ab und versprach die Fortsetzung über das Konkursverfahren in einer späteren Versammlung zu geben.

** [Ein lockerer Bursche.] Der Halbmann Bernhard Hein aus Karkeln heuerte für das hiesige Schiff „Najade", Capitain Walter, und empfing 50,50 Mark Vorschuß. Im Besitz dieses Geldes fiel es ihm nicht ein, der „Najade" auf balkenlosem Elemente zu folgen, er hielt sich vielmehr verborgen, bis das Schiff ausgegangen war und lebte dann herrlich und in Freuden. Nachdem die Baarschaft sich dem Ende nahte, fand er einen andern Ausweg zur Vermehrung derselben. Er hatte öfterer einen Hausmann, der für seinen Prinzipal, Brod austrug, zu den Kunden begleitet und dabei zu erfahren Gelegenheit gehabt, daß das von diesen für den folgenden Tag bestellte Brod in ein Buch eingetragen, und dasselbe mit dem Betrage für das bisher abgelieferte Gebäck dem Hausmann eingehändigt wurde. Andern Tages machte Hein ohne diesen seine Rundreise und verlangte vom Kaufmann A. das Brodbuch, der es ihm auch in dem Glauben, daß er bei jenem Bäcker diene, mit den noch rückständigen 2,50 Mark übergab Weiter kam unser Unternehmer aber nicht, denn er wurde gleich darauf verhaftet und heute vom Schöffengericht mit Rücksicht darauf, daß er ein Jüngling von noch nicht 18 Jahren ist, mit 7 Wochen Gefängniß bestraft.

** [Friedhofsschänder.] Am Sonntag, den 5. v. M., machten die Gärtnerfrau Maria Lampsargis und ihr Dienstmädchen Minna Hubert von hier, unserm Kirchhofe ihren Besuch. Sie freuten sich über die auf den Gräbern ausgestellten Blumen, noch mehr aber über die Gläser und Tellern, in welchen dieselben enthalten waren. Auf Vorschlag der L kamen sie überein, dieselben praktischer zu verwerthen. Als sie mehrere Geschirre zusammengetragen, wurden sie von dem Todtengräber Hein mit einem „Bis hieher und nicht weiter" beschlagen und dem Strafrichter überliefert. So unbedeutend der Werth der entführten Blumenbehälter gewesen, wurden dieselben dennoch vom Schöffengerichte zu je 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 13. November.

Geboren: todtgeborner unehel. Sohn.

Aufgeboten: Maschinist Eduard Emil Feldhaase mit Lina Friederike Wilhelmine Strugies; Hauszimmergeselle Johann Eduard Podßus mit Wilhelmine Johanne Wittenborn.

Vermählt: Maurer Carl Louis Weiß mit Johanne Sophie Emma Sattmann.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Bertha Weitkus in Tilsit mit Herrn Rudolph Olnhoff in Berlin, Fräul. Hedwig Bartlikowski in Hohenstein mit Herrn Franz Allert in Dirschau, Fräul. Johanne Straube in Tilsit mit Herrn Theodor Radtke in Drengfurt.

Geboren ein Sohn: Herrn Rendant König in Nortyken, Herrn A. Lipschitz in Bönkeim; eine Tochter: Herrn Ober-Post-Directions-Sekretär Franck in Bromberg, Herr Lehrer Julius Steppuhn in Torgau, Fräul. Emilie Blümel in Gallingen, Sohn Heinrich des Herrn Hundsdörfer in Keilshoff.

Fremden-Raport.

Victoria-Hotel. Besitzer Lankowsky aus Ruß, Kaufl. Nicolai aus Leipzig, Haugwitz aus Tilsit.

British-Hotel. Assecuranz-Inspector Herholz und Assec.-Inspector Feinberg, Kaufl. Herrmann aus Königsberg, Schuke aus Cottbus, Hamicke aus Leipzig.

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Schiffsnachrichten.

Eingek.	Novbr.	Schiff	Capitän	Von	Mit	Adressirt an
1011	12	Sophia	Stolley	Rendsburg	Ballast	Ordre
1012		Aboma	Weiß	Sunderland	Kohlen	—
1013		Memel	Wenzel	Shields	—	—
1014		Anna Sophia	Lampe	Kiel	Ballast	—
1015		Weeke Harhuis	Zoutmann	Sunderland	Kohlen	—
1016	13	Cardinal	Zaage	Stralsund	Ballast	—
		Ausgegangen nach				**Beladen von**
1006	12	Torpada	Söderberg	Poole	Planken	Mason Smith u Co.
1007		Capitain Dan	Roberts	Belfast	Holz	J. Ilgenstein u. Co.
1008		Johannes	Heitmüller	Emden	Dielen	A. Kossowsky
1009		Maria Sofia	Andersen	Stettin	—	C. F. Litty
1010		Anton	Pankow	Grangemouth	Holz	R Kremp
1011		Mecklenb. Hausw.	Bradhering	Granton	—	H. W. Plaw
1012		Behreudt	Poblentz	London	—	J. Ilgenstein u. Co.
1013		Quintus	Plukker	Schiedam	—	C. Pieper
1014		Ariadne	Schiel	Grangemouth	—	W. Pielsch
1015		Hercules	Siewke	Leith	—	—

In der Fahrrinne des Seegatts 21' 8". Strom aus. Wasserstand 2' 6", Wind NNO.

Wilhelm I — v. Petersson — 11.10 Madeira, 12.11 Darien U. S.
Adler — Pooch — 3.10 Memel, 12.11 Sund.

Amtliche Börsen-Fracht-Notirungen.

13. Novbr. London 17 sh. per Load Balken.
Lynn 17 sh. per Load Balken.

Marktbericht.

Memel 12. Novbr. Weizen, Neuschfl. 8,40—9 Mk. Roggen Neuschefl 6,20—7 Mark Gerste, Neuschfl. 4,50—5 Mk. Hafer Neuschefl 2,70—3,25 Mk. Erbsen, weiße Neuscheffel 7—7,25 Mk. Erbsen, gr. Neuschfl. 8—8,25 Mk. Kartoffeln, Neuschfl. 2,40—2,80 Mk. Stroh pro Ctnr 1—1,50 Mk. Heu pro Ctnr. 1,—1,60 Mk. Rindfleisch, Keule pro Pfd. 70—80 Pf. Bauchfleisch pro Pfd. 40—60 Pf. Kalbfleisch pro Pfd. 30—60 Pf. Schweinefleisch pro Pfd. 40—50 Pf. Hammelfleisch pro Pfd. 40—50 Pf. Speck pro Pfd. 60—70 Pf. Butter pro Pfd. Mk. 0,80—90 Eier Schock 3 Mk. Flachs pro Ctr. 25 Mk. Holz, hart. Kloben pro 10 Cbtm. 50—60 Mk. Holz, weiches, Kloben pro 10 Cbtm 39—48 Mk Papierrubel — Mk.

Königsberger Producten-Bericht.

(per 1000 Kilogramm).

	Novbr. 11. R.-Mk.	Novbr. 12. R.-Mk.
Weizen, hochbunt, inländischer 129/30pfd.	218,00	218,00
Roggen, inländischer, 123/24pfd.	158,75	158,75
Gerste, inländische 107/8pfd.	143,50	143,75
Hafer, feiner inländischer	119,00	118,75
Erbsen, weiße, Kochwaare	154,75	154,00
Wicken, gute trockene	126,50	126,75
Leinsaat, mittelfeine	195,50	195,50
Kleesaat, roth, inländisch	40,00	40,00
Kleesaat, weiß, inländisch	50,00	50,00
Thymotheum, fein	21,50	21,50
Spiritus loco Geld	56,50	56,75
Spiritus loco bezahlt	56,75	56,75

Berliner Cours-Depesche.

Börse: Geschäftslos.

	Novbr. 12 R.-Mk.	Novbr. 13. R.-Mk.
Roggen matter November-Dezember	156,50	156
Roggen April-Mai	165	164,25
Hafer November-Dezember	135	134
Petroleum loco	24,50	24,60
Spiritus loco	59,40	59
4½% Consolidirte Preußische Anleihe	104,10	104,50
4½% Ostpreuß. Pfandbriefe	102,70	102,70
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	152,75	152,50
Russisch-Englische Anleihe von 1872	fehlt	86,60
Russ. Noten	213,70	213,25
Petersburg, 100 S.-R. 3 Monate	210,50	210,25
Amsterdam 100 fl. 2 Monate	167,20	167,15
London, 1 Lstr 3 Monate	20,22	20,21
London, 1 Lstr. 8 Tage	20,34/5	20,34/5
Belgische Plätze 100 Francs 2 Monat	80	80

Telegraphischer Wetterbericht für die Ostseehäfen.

Donnerstag, den 13 November.

Stationen.	Barometer. mm.	Wind.	Wetter	Temperatur. Cels.	Bemerkungen.
Memel	742,5	NO. 2	Regen	+ 1	Seeg. sehr ruhig.
Neufahrwasser	745,6	still	Nebel	+ 1	
Swinemünde	747,6	NO. 4	bedeckt	+ 5	Seeg. mäß. bew.
Kiel	752,4	N. 2	wolkig	+ 4	
Skagen	755,1	NO. 7	bedeckt	+ 3	do.
Kopenhagen	750,7	NNO. 8	heiter	+ 6	
Bornholm	747,7	NO 6	bedeckt	+ 5	
Stockholm	751,9	NNO. 4	do.	+ 1	
Riga	747,1	N. 1	do.	+ 2	

Uebersicht der Witterung.

Barometer im Nordseegebiete stark gestiegen, im Osten stark gefallen. Minimum an Ostpreußischer Küste. Kanal schwach bis stark nördlich, Nordsee meist schwach, nordwestlich bis nordöstlich Dänemark stark bis stürmisch nordöstlich. Wetter vielfach aufklärend.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

Anzeigen.

Entbindungs-Anzeige.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter wurden erfreut

B. Danziger und Frau.

Heydekrug, den 10. November 1879.

Donnerstag früh 7½ Uhr starb mein innigst geliebter Mann, der Musiklehrer Rudolph Schucani, welches ich im tiefsten Schmerze anzeige.

Heinriette Schucani, geb. Klein.

Die Beerdigung findet Dienstag Nachmittag präzise 2 Uhr, vom Trauerhause, Fischerstraße No. 4., statt.

Unsern tiefgefühlten Dank allen, die durch so vielfache Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung unserer Tochter und Schwester uns erfreut haben.

Die Familie Kremp.

Handwerker-Verein.

Sonnabend, den 15 d. M., Abends 8 Uhr, **im grossen Schützensaale,**

Soirée.

Billette à 25 Pf. **nur** für Mitglieder und deren Familien werden Freitag, den 14., Abends von 6 Uhr ab, bei Herrn Pertz ausgegeben.

Das Festcomitee.

Bekanntmachung.

Die Schuldner des Kaufmann **L. Lohleit** ersuche ich, in spätestens vier Wochen ihre Schuldbeträge an mich abzuführen, widrigenfalls sie Anstellung der Klage zu gewärtigen haben.

Der Verwalter der Lohleit'schen Concursmasse

Rechtsanwalt **Gessner.**

Den geehrten Damen die ergebene Anzeige, daß ich von der großen nach der **kleinen Sandstraße Nr. 1** bei Herrn Gendruschke verzogen bin und bitte mich auch hier bei billiger und guter Arbeit mit recht vielen Aufträgen gütigst beehren zu wollen.

Hochachtungsvoll

F. Schultz, Wittwe,
geb. Karnowsky.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Arbeiten zur Herstellung einer 340 Meter langen Gasleitung mit 9 Candelabern und Laternen behufs Erleuchtung des neuen Hafen-Bauhofes, veranschlagt zu rot. 3000 Mk., soll in öffentlicher Submission vergeben werden.

Versiegelte Offerten, versehen mit der Aufschrift: „Submission auf Gasleuchtung auf dem neuen Bauhofe" sind bis zum Submissionstermine

Sonnabend, den 22. Novbr.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Hafen-Bau-Inspectors abzugeben. Ebendaselbst liegen in den Dienststunden der Kosten-Anschlag und die Bedingungen aus; Copien derselben können auch gegen portofreie Einsendung der Copialien-Gebühren im Betrage von 2 Mark von dort bezogen werden.

Memel, den 12. November 1879.

Der Königl. Hafen-Bau-Inspector
Dempwolff.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Pflasterarbeiten incl. Materiallieferung auf dem neuen Hafen-Bauhofe, veranschlagt zu rot. 14,000 Mark, soll in öffentlicher Submission vergeben werden.

Versiegelte Offerten, versehen mit der Aufschrift: „Submission auf Pflasterarbeiten auf dem neuen Bauhofe" sind bis zum Submissionstermine

Mittwoch, 26. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Hafen-Bau-Inspektors abzugeben.

Ebendaselbst liegen in den Dienststunden die Bedingungen aus; Kopien derselben können auch gegen portofreie Einsendung der Kopialien-Gebühren im Betrage von 1,5 Mark von dort bezogen werden.

Memel, den 11. November 1879.

Der Königl. Hafen-Bau-Inspector
Dempwolff.

Bereits in 5. Auflage erschienen:

Kleine melodiöse Concertvorträge

für Violine und Pianoforte,

componirt von

Jean Becker

(vom Florentiner Quartett).

No. 1 Romanze (Es-dur)	Mk. 1.	No. 4 Rondino (A-dur)	Mk. 1.
No. 2 Humoreske (G-dur)	„ 1.	No. 5 Melodie (D-dur)	„ 1.
No. 3 Ein Traum (A-moll)	„ 1.	No. 6 Erinnerung (B-dur)	„ 1.

No. 1—6 zusammen Mk. 3.

Gegen Einsendung des Betrages sendet franco

P. J. Tonger's Verlag, Cöln a./Rh.

Moritz Schlesinger's Annoncen-Expedition,

Königsberg i./Pr., Schloßberg 3a., vermittelt die Aufnahme von Annoncen in allen **Zeitungen** und **Kreisblättern** zu

Original-Tarifpreisen

und

ohne Nebenkosten.

Auction.

Heute Nachm., v. 2 Uhr ab, werde ich im Auftrage, für Rechnung den es angeht, verauctioniren: Glas, Porzellan, Spielsachen, alte Kleider, 1 Pult, 1 Repositorium, 1 Tombank, Uhren, Tischwaage, 1 Schenktisch, Cigarren, Rum, Cognac u. m. A., wozu einladet

G. F. Jausiems, Auctionator.

Auction

Mittwoch, den 19. November und folgende Tage, von Nachmittag 2 Uhr ab.

L. E. Barth.

Weihnachts-Offerte.

Briefbogen mit Monogramm,
25 Bogen und 25 Couv. in eleg. Carton verpackt von 1 Mark an, im 100 billiger.

Visitenkarten
pro 100 von 75 Pf. an.

Rechnungen mit beliebiger Firma
pro 100 1 Mark, 500 4 Mark
liefert schnell und sauber

Paul Fahr.

Den im vergangenen Herbst so schnell vergriffenen

Echt Engl. Chester-Käse

habe wieder erhalten und offerire selbigen für 1 Mk. pro Pfd.

Henry Carsjens, Holzstr. Nr. 6.

Billigster Mehl-Verkauf.

Sämmtliche Mehlfabrikate als:

allerfeinstes Weizen-Conditormehl Nr. 00, feinstes Weizen-Dauermehl Nr. 0, und auch alle geringeren Sorten bis herunter zu 40 Pf. die Metze,

feines gebeuteltes Roggenmehl in 3 Sorten, und **Brodmehl** in 2 Sorten und ganz vorzüglicher Qualität verkaufe noch ohne so bedeutenden Aufschlag wie es die Getreide-Preissteigerung erfordert, zu sehr mäßigen Preisen und biete meinen geehrten Abnehmern bei Vorratheinkäufen ganz besondere Vortheile.

Graue und weiße Erbsen in ganz selten schöner gutkochender Waare, **Graupen, Bohnen** ꝛc. empfehle noch zu alten und billigeren Preisen wie jede Concurrenz.

Das Speicher-Geschäft
von **C. H. Engel.**

Mehl bei Entnahme von ganzen Säcken zum Fabrik-Tagespreise und **Getreide** in Körnern Last- und Scheffelweise billigst.

D. O.

Wer immer an rheumatischen Schmerzen leidet, wende vertrauensvoll das nach den Prinzipien der Kunst- und Wissenschaft angefertigte Apotheker **G. Szitnick'sche Gicht- und Rheumatismus-Pflaster*)** an. Für seinen Erfolg garantiren die glänzendsten Zeugnisse.

Vorräthig in Rollen à 1 Mark bei Apotheker **Ed. Tacht-Memel.**

*) Von starken rheumatischen Affectionen längere Zeit hindurch in meinen körperlichen Bewegungen gehemmt, habe ich jeden Schmerz durch den Gebrauch des **Szitnick'schen Rheumatismuspflasters** in wenigen Tagen verloren, was ich gerne der Wahrheit gemäß bescheinige.

Arnsfeld-Schimonken.

Petersilie, Porrey und **Sellerie** billig zu haben. **C. Schucht,** Steinthorstraße 16.

Mit dem Schiffe „Mynards" empfingen

Prima Englische Maschinenkohlen,

sowie

doppelt gesiebte Schmiedekohlen,

per Schiff „Aboma", Capt. Weiß,

beste Sunderlander Erbsenschmiede-Kohlen,

per Schiff „Calypso" Capt. Krehft,

Engl. Haswell Maschinenkohlen

und offeriren davon in **größern Posten** billigst. **Theod. Kloss & Co.**

Lotterie

zum Neubau einer katholischen Kirche in

Bad Kissingen.

Staatlich genehmigt.

Hauptgewinne: Mark **45,000,** 2mal Mk. **12,000,** 3mal Mk. **6000** ꝛc. 11,800 Loose gewinnen Mk. **230,000 baar** Geld. Oeffentliche Ziehung am 24. Februar 1880. Loose zu 2 Mark versendet gegen vorherige Posteinzahlung die General-Agentur

A. & B. Schuler in Zweibrücken.

Das Neueste

in **Weißwaaren, Stulpen** und **Kragen, Garnituren,** gestickt, schon von 50 Pfg. an bis zu den feinsten, empfiehlt

Adolf Sprunk, Börsenstr. 7.

!!Fast umsonst!!

In Folge Liquidation der jüngst falliten groß. **Britanniasilber-Fabrik** werden folgende 42 Stück äußerst gediegene Britannia-Silber-Gegenstände für **nur 13 Mark** als kaum des vierten Theiles der Herstellungskosten, also **fast umsonst** abgegeben, u. zw.:

6 St. vorzügl. gute **Tafelmesser,** Britannia-Silber-Heft und Silberstahlklingen,
6 „ **Gabeln,** fein Britanniasilber,
6 „ schwere Britanniasilber-**Speiselöffel,**
6 „ Britanniasilber-**Kaffee-** oder **Theelöffel,** beste Qualität.
1 „ massiver Brit.-Silber-**Obersschöpfer,**
1 „ schwerer Brit.-Silb.-**Suppenschöpfer,**
6 „ feine Britanniasilber-**Messerleger,**
6 „ **Austria-Tassen,** fein ciselirt.
2 „ effectvolle Britanniasilber-**Salon-Tafel-Leuchter,**
1 „ Britanniasilber-**Tischglocke,** effectvoll, mit hellem Silberton.
1 „ Britanniasilber-**Theeseiher** mit Henkel oder Griff.

42 Stück. Alle hier angeführten **42 Stück Britanniasilber-Prachtgegenstände** kosten **zusammen nur 13 Mark.** — Das Britanniasilber ist das einzige Metall, welches ewig weiß bleibt und von dem echten Silber selbst nach **20jährigem Gebrauch** nicht zu unterscheiden ist, wofür **garantirt** wird. — Adresse und Bestellungsort: **Blau & Kann, General-Depot** der **Britanniasilber-Fabriken, Wien.** — Versandt prompt geg. Postvorschuß od. Geldeinsendung. — Zollspesen 38 Pf., Postspesen sehr gering.

Beste Schottische Heizkohlen

aus dem Schiffe „Marianne Bertha", am Winterhafen liegend, offeriren billigst

R. Ranisch Schwedersky & Co

Selbst höchst sauber eingemachten

Sauerkohl

à 8 Pf. pro Pfund empfiehlt

Robert Schulz, Roßgarten.

Neue birkene Möbel sind billig zu verkaufen Kl. Sandstraße. Nr. 5.

Kohlenplätteisen,

Petroleum-kocher, Wiener Caffee-Maschinen, Theebretter, Ofenvorsetzer, Kohleneimer, sowie sämmtliche andere Wirthschafts-Geräthe auch Porzellan-, Fayence- und Glas-Waaren jeder Art empfiehlt in **bester** Qualität billigst

A. Thiel, vorm. Ferdinand Weiß.

Ein gut erhaltener **Kutscher-Mantel** wird zu kaufen gesucht. Näheres bei

J. Schultz am Steinthor.

Geschmolzenen Talg

kaufen

Heinr. Kästner's Söhne Nachfolger.

!Heirathsgesuch!

Ein j. sch. Mädchen aus der Russ'ner Gegend mit einem Verm. v. 65,000 Mk. wünscht sich zu verheirathen. Photographien erwünscht. Ad. A. B. 1 postlagernd Memel spätestens bis zum 20. November.

Ein Brillantring ist verloren. Der Finder erhält angemessene Belohnung bei

J. C. Piper, Töpferstr. 6.

18,000 Mark

zur ersten Stelle auf ein Grundstück gesucht. Adr. unter Chiffr. **A Z** in der Expedition dieses Blattes.

Ein junger Mann, der die Müllerei erlernt hat, wünscht in einem Mehlgeschäft als Verkäufer placirt zu werden, oder als Müller auf einer Wassermühle. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Eine **Aufwartefrau** gesucht Kehrwiederstr. No. 1, zweite Thüre, oben.

Ein ordentliches Mädchen wird von gleich gesucht Fischerstraße 4 unten links.

Zu vermiethen

ein Haus, enthaltend 2 Wohnungen (7 Stuben) im Ganzen oder getheilt. Näheres bei **Peter Müller.**

Zu vermiethen eine kl. Wohnung gegenüber dem Schützenhause. **C. E. Kühn.**

Lootsenstr. 7 b., im früher Youngschen Hause, ist die obere Wohnung, vollständig neu renovirt, zu vermiethen.

Holzstr. 28 ist eine ob. Wohnung z. verm.

Bekanntmachung.

Die unter der Firma Arthur Katz & Co. zu Memel bestandene Handels-Gesellschaft ist seit dem 27. Oktober 1879 erloschen und das Handelsgeschäft auf den bisherigen Gesellschafter Kaufmann Arthur Felix Katz zu Memel, welcher die unveränderte Firma beibehalten hat, mit Activis und Passivis übergegangen. Dies ist in unser Gesellschafts- resp. Firmenregister eingetragen.

Memel, den 3. November 1879.

Königl. Amtsgericht.

Publicandum.

Telegraphenstangen als Anschlagssäulen zum Ankleben von Plakaten und Publikationen zu benutzen, wird hiermit verboten. — Die Gewerbetreibenden, welche von Plakaten und Publikationen Gebrauch machen, wollen die mit dem Anbringen derselben beauftragten Personen mit diesem Verbot bekannt machen und sie gleichzeitig belehren, daß Zuwiderhandlungen — falls sie nicht etwa die in den §§ 137 und 138 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Handlungen in sich fassen, welche die strafrechtliche Verfolgung begründen — auf Grund des § 360 ad 11 des Str.-Ges.-B. durch Polizeistrafen geahndet werden.

Memel, den 8. November 1879.

Stadt-Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf das Gesetz vom 31. Oktober 1848, betreffend die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Boden und die Ausübung der Jagd, bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß die Absteckung der Jagdrayons beim Plantagenfort am 29. Oktober c. erfolgt ist. Die äußere Grenze des Rayons, welche 225,95 Meter vom Fuße des Glacis entfernt ist und mit den Hauptlinien desselben parallel läuft, ist durch Pfähle bezeichnet. Innerhalb dieser Rayons darf die Jagd mit Feuergewehr nicht ausgeübt werden bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 15 bis 60 Mark, im Unvermögensfalle einer verhältnißmäßigen Gefängnißstrafe.

Memel, den 11. November 1879.

Der Magistrat.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Rülf in Memel.

Beilage zu No. 267. des Memeler Dampfboots.

„Memeler- und Grenz-Zeitung."

Freitag, den 14. November 1879.

** Abgeordnetenhaus.

8. Plenarsitzung vom 11. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch: Maybach, Bitter und mehrere Commissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Berathung über die Eisenbahnvorlagen.

Abg. Kieschke spricht gegen die Vorlage. Wollte man die Wähler der für das Staatsbahnsystem eintretenden Abgeordneten selbst über die vorliegende Frage entscheiden lassen, es würde sich dann zeigen, wie sehr man sich über die öffentliche Meinung täusche. Auch die Herren, welche jetzt die Majorität bilden, scheinen über diese Frage noch gar nicht ganz klar zu sein. Die ihm am nächsten stehenden Freunde des Staatsbahnsystems verlangten Garantien, das Centrum erkläre, die Sache erst prüfen zu wollen, und Herr v. Wedell betrachte die Frage überhaupt als abgeschlossen. Seines Erachtens spitzt sich die Frage dahin zu: wollen wir ein Monopol des Staates oder getheilte Arbeit unter Controle des Staates? Die Motive der Vorlage enthielten nur ein reichliches Material in Bezug auf die technische Seite der Frage, die finanzielle Seite derselben, sowie die wirthschaftlichen Folgen des Staatseisenbahnsystem seien nicht genügend gewürdigt. Unrichtig sei, daß Diejenigen, welche gegen die Vorlage stimmen, keine Patrioten wären. Die Behauptung, daß die Bahnen während des letzten Krieges noch mehr hätten leisten können als geschehen sei unbegründet. Der Grund, weshalb nach der Verstaatlichung der Eisenbahnen gerufen werde, sei der mehrjährige Geschäftsdruck. Ein Sündenbock müsse ja sein, und wie der Deutsche überhaupt geneigt ist, bei jeder, Gelegenheit nach der Polizei zu schreien, so verlange man jetzt die Staatsbahnen. An Allem sollen jetzt die Privatbahnen schuld sein. Die Privatbahnen, die zur Zeit noch bestehen, seien vollständig lebensfähig und könnten auf allen Gebieten allen Anforderungen des Staates genügen. Redner verlangt, daß mit dem Uebergang der Bahnen auf den Staat auch eine Verwaltungsnorm festgestellt werde, nach welcher das ganze Eisenbahnwesen zu verwalten sei. Aus der einheitlichen Verwaltung würden zwar mancherlei Ersparnisse prophezeit. Damit würde es aber gute Wege haben, denn nach den namentlich auch bei Eisenbahnbauten gemachten Erfahrungen sei es zweifelhaft, ob man überhaupt auf Ersparnisse würde rechnen können. Redner hält ebenfalls die Schwankungen in den Staatseinnahmen für unseren Etat für sehr bedenklich. Eben so bedenklich sei die Stellung, die darnach die Regierung zu dem ganzen Verkehrswesen einnehmen werde. Er lege deshalb auf die Einheitlichkeit der Verwaltung gar keinen so großen Werth. Ausnahmetarife werde man überhaupt nicht ganz entbehren können. Nach Erwerb der Bahnen werde der Staat eine ganz andere Rolle spielen müssen in Betreff der Verkehrsmittel. Er werde den Canälen, Chausseen 2c. mehr Aufmerksamkeit zuwenden, einen Anschluß derselben an die Bahnen herbeiführen müssen, damit diese bestehen könnten. Er kann dann beim besten Willen nicht anders, als den Privaten alle Verkehrsmittel aus der Hand zu nehmen. Dadurch wird, wenn auch unabsichtlich, ein Mißstand herbeigeführt; es wird dem Staat eine Macht gesichert, die gemißbraucht, dem ganzen Volke gefährlich werden könne. Er werde deshalb auch heute „Nein" sagen, sei aber soviel Patriot, daß er sich freuen werde, wenn er sich geirrt haben sollte.

Abg. v. Rauchhaupt: Er verstehe die Zweifel des Herrn von Reichensperger, aber er wisse auch, daß aus den stärkten Zweiflern die stärksten Gläubigen geworden. Uns liegt es wesentlich daran, die Herren vom Centrum zu Mitarbeitern heranzuziehen. (Gelächter links.) Herr Virchow habe sich gestern auf einen wunderbaren Standpunkt gestellt; derselbe habe sich auf den Standpunkt der lokalen Eisenbahncentralisation gestellt. Den Herren scheint das Verständniß für das allgemeine Staatsinteresse vollständig abhanden gekommen zu sein. Das Staatseisenbahnsystem sei unabweislich Bei Berlin-Wetzlar sei diese Frage schon entschieden. Durch die Einverleibung der neuen Provinzen seien Lücken entstanden zwischen dem Osten und Westen Preußens, die ausgefüllt werden mußten. Die neuen Provinzen kannten keine anderen Bahnen als Staatsbahnen, der Staat war gezwungen, jene unglückliche Bahn Berlin-Wetzlar zu bauen. Der Staat habe ein dreifaches Interesse an der Durchführung des Statsbahnsystems; ein finanzielles, wirthschaftliches und social-politisches Interesse. Nachdem der Staat 1600 Millionen in seinen Bahnen stecken hat, sei er es dem Lande schuldig, für die prompte Verzinsung zu sorgen. Eine Schwankung in dem Etat befürchte er nicht und was den Staatscredit anlangt, so hänge derselbe lediglich von dem Vertrauen ab, das der Staat besitzt, und dieses Vertrauen werde gestärkt durch die Größe seiner Machtmittel. Die Frage der Garantien werde auch die conservative Partei sorgfältig prüfen und danach sich entscheiden. Die drei Bahnen, um die es sich hier handle, seien alte fundirte Bahnen, keine Strousberg'schen Bahnen, bei den Schweinereien zu befürchten wären, Ob das Kaufobject dem Preise und die Zinsen dem Anlage-Kapital entsprechen, sei ja leicht zu erwägen. Auch was die Bahn Hannover-Altenbeken anlange, glaube er, daß der Staat ein schlechtes Geschäft nicht mache, es werde sich das sehr bald herausstellen. In Bezug auf die Feststellung der Tarife würden Kautelen gefunden werden müssen, entweder dadurch, daß eine mit bestimmten gesetzlichen Befugnissen ausgestattete Tarifkommission ernannt wird, oder dadurch, daß man bei der Etatsberathung im Allgemeinen die Grundparagraphen des Tarifs fixirt. Die großen Leistungen der Privatbahnen erkenne er an, sie haben geleistet, was sie nur irgend haben leisten können. Hier stehe er also auf einem andern Standpunkt als der Minister. Aber wer die Zollpolitik will, der müsse auch die Eisenbahnpolitik wollen; es sei da keine Wahl, die Eisenpolitik sei die einfache Ergänzung der Zollpolitik, ohne die Eisenbahnpolitik sei die Durchführung der letzteren gar nicht denkbar. Eine einheitliche Regelung des Tarifs liege wesentlich im Interesse unserer Industrie, die unabhängig bleiben müsse von den Schwankungen des Privateisenbahntarifs. Er (Redner) sei auch deshalb für das Staatsbahnsystem, weil er aus der bisherigen Entwickelung unseres Eisenbahnwesens schwere sittliche Schäden für das Volk befürchtet. Wir glauben dem öffentlichen Interesse zu dienen, wenn wir der Vorlage zustimmen, wir meinen im finanziellen, volkswirthschaftlichen und socialpolitischen Interesse. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Er wäre sehr zufrieden gewesen, wenn die Großmächte des Kapitals die Berlin-Wetzlarer Bahn gebaut hätten, es wären dann wenigstens die Steuerzahler von der Verzinsung befreit geblieben. Die Berufung auf die Majorität und die öffentliche Meinung habe man früher wenig gehört, man könnte sich das schon allenfalls gefallen lassen, wenn man nur so gewiß wäre, die Herren in dieser Majorität recht lange in diesem Hause zu sehen (Oho! rechts). Nun, meine Herren, im Jahre 1873 waren Sie eben so zahlreich wie heute. Um zu einem ablehenden Votum zu kommen, brauche man nicht besonders gelehrt zu sein, zur Entscheidung dieser Frage bringt man eine gewisse Summe von Kenntnissen und Erfahrungen mit in dieses Haus. Redner beruft sich auf die Aeußerungen des Abg. Freiherrn von Heeremann in der vorigen Session des Abgeordnetenhauses, die Alles bestätigen, was er (Redner) über die Privatbahnen behauptet. Die Privat-Bahnen seien es stets gewesen, welche den Staatsbahnen mit guten Beispielen vorangegangan seien; der Entfernungstarif sei von den Privatbahnen ausgegangen, der Zwanzigprozent-Zuschlag sei wiederum eine Neuerung der Staatsbahnen gewesen. Die Privatbahnen seien es zuerst gewesen, welche die Schnellzüge eingeführt, man sei im Westen in Bezug auf den Personen-Verkehr verwöhnt worden. In Bezug auf den Lokal-Verkehr sei auf den Staats-Bahnen im Osten dem Bedürfniß gar keine Rechnung getragen, während derselbe im Westen vollständig geregelt sei. Seien erst die sämmlichen Bahnen in der Hand der Regierung, dann würden die Vorzüge der Konkurrenz von selbst in Wegfall kommen. Wenn heute die Privatbahnen mehr Züge dem reisenden Publikum darbieten, wie dies später der Fall sein wird, dann geschehe das nicht auf Kosten der Steuerzahler, sondern auf Kosten der Actionäre. Wäre das gemischte System nicht gewesen, dann würde sich der Westen schwerlich desjenigen Netzes von Eisenbahnen erfreuen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Der Herr Minister scheint nicht eine blasse Ahnung von dem Verkehr der Börse zu haben, sonst würde er schwerlich in seiner Stellung die Börse als einen Giftbaum bezeichnet haben. Die Börse selbst sieht den gegenwärtigen Minister als ihren größten Wohlthäter an und dieser Giftbaum werde sehr bald die Blätter fliegen lassen, wenn die Entlassung des Ministers bevorstände. Mit Herrn v. Heeremann ist Redner einverstanden, daß, je mehr der Staat übernimmt, er für seine eigentliche Aufgabe immer schwächer werden muß. In demselben Augenblicke, wo er solche große Pläne durchzuführen sucht, erklärt er sich außer Stande, ein Pensionsgesetz für Volksschullehrer vorzulegen aus Mangel an finanziellen Mitteln. Daß das öffentliche Interesse über dem Privatinteresse stehen müsse, sei selbstverständlich; darum handle es sich aber gar nicht, sondern darum, ob dieses öffentliche Interesse unter staatlicher Verwaltung besser gewahrt ist, als unter Privat-Verwaltung. (Zwischenruf: Post!) Ach lassen Sie mich mit der Post, die Post ist ja keine Eisenbahn, sonst wäre Stephan längst Minister. Die Postsachen werden von der Eisenbahn umsonst gefahren, sonst wäre die Post längst bankerott. (Heiterkeit). Redner bemängelt den Bildungsgang unserer höheren Eisenbahnbeamten, die, ohne den Dienst zu kennen, lediglich nach Instruktionen verwalten. Er freut sich, daß auch die Conservativen an Garantien denken gegen den Mißbrauch der Machtmittel, die in die Hände der Regierung gelegt werden sollen. Die Frage sei nur die, ob solche Garantien sich finden lassen. Was den Landes-Eisenbahnrath anlangt, so sei derselbe ganz ohne Bedeutung. Derselbe würde immer nur das thun, was der Minister verlangt, und beschließt er etwas Anderes, so würde der Minister doch nur das thun, was ihm beliebt. Die Exemplifikation auf das Landes-Oekonomie-Collegium erhöht das Ansehen dieser Körperschaften nicht, das Landes-Oekonomie-Collegium sei ebenfalls völlig machtlos. Noch vor einigen Jahren schwärmte die Regierung für das Elsaß-Lothringische Tarifsystem und hätte sie damals die heutige Majorität gehabt, dann hätten wir dieses System bekommen. Die Sache scheiterte an dem Widerspruch der Privatbahnen und heute sieht man selbst das Falsche an diesem System ein. Gleichartige Tarife seien überhaupt ein Unding, stabile Tarife seien am wenigsten was sie versprechen, da sie auch bei veränderten Verhältnissen bleiben. Man könne wohl manchen Zoll durch Tarife ausgleichen, aber man könne auch den ganzen Zoll durch den Tarif wegwischen, sogar die Auslandstarife unbemerkt neutralisiren. Herr von Rauchhaupt sagt, er gehe mit der Zollpolitik des Reichskanzlers. Das sei doch unvorsichtig, denn Herr v. Rauchhaupt könne doch nicht wissen, ob Fürst Bismarck noch auf demselben Standpunkt in der Zollfrage steht, wie vor einigen Monaten und das gebe ihm (dem Redner) ein neues Bedenken. Es scheine, als ob die auswärtige Politik auf unsere Eisenbahnpolitik, namentlich auf die Tarifbestimmungen, von Einfluß werden solle. Die Tarifbestimmungen seien eine Macht, die der Regierung die Mittel an die Hand geben, bei jedem Wechsel in der Politik gegen die Nachbarstaaten die Tarife politisch zu verwerthen. Was speciell die Hannover-Altenbekener Bahn anlangt, so erinnere er sich, wie gerade der Finanzminister vor drei Jahren wegen des Ankaufs der Prioritäten dieser Bahn den stärksten Angriffen seitens der Conservativen und auch des Centrums ausgesetzt gewesen. Man habe damals die gute Preußische Finanzpolitik gegen diese Finanzmaßregel ins Gefecht geführt und jetzt setze man sich einfach darüber hinweg. Man sollte sich doch die vom Staate schon erworbenen Bahnen ansehen. Die Berlin-Dresdener Bahn habe ein schon nach Hunderttausenden zählendes Defizit. Nach den Bilanzen, die während des Schwebens der Verkaufsverhandlungen aufgestellt seien, könne man keine Bahn beurtheilen. Der Minister habe gesagt, der Staatscredit beruhe auf Vertrauen; das sei gerade so wie — die Armuth komme von der Powertéh her. (Heiterkeit). Der Minister wolle die Eisenbahnpapiere von der Börse vertreiben, aber er könne doch nicht die Kauflust Derjenigen beseitigen, welche ihr Geld in zinstragenden Papieren anlegen wollen. Redner behauptet entschieden, daß der Staat theurer verwaltet, als die Privatbahnen. Auch von der Centralisation seien Ersparnisse nicht zu erwarten. Es sei nicht möglich, in einem Staat einen besonderen Eisenbahnstaat zu gründen. Redner erörtert sodann die Gefahren, welche aus der Vermehrung der Staatsbeamten für die politischen Wahlen entstehen müssen. Er stellt entschieden in Abrede, daß der Staatsbeamte unabhängiger sei, als der Privatbeamte. Der Staatsbeamte sei dem Minister auf Gnade und Ungnade ergeben. Wie will man überhaupt den Minister controliren, wenn man ihm eine so große Macht einräumt? Ein so großes Budget sei gar nicht zu controliren. Eine Regierung, die ein solches großes Eisenbahnnetz verwaltet befindet sich immer im Besitz von Eisenbahncrediten, sie hat immer Geld. Der Minister beruft sich auf andere Länder. Er glaubt, wenn eine Krankheit auftritt, diese dadurch nicht minder gefährlich wird, daß sie epidemisch auftritt. Wir sollen uns nach allen möglichen Mustern richten, nach Frankreich, nach Italien, warum nicht nach England und nach Amerika, dort sei ja die Industrie viel entwickelter als bei uns! Der Minister hat auf die erste Locomotive hingewiesen, die von England zu uns herübergekommen sei. Ich erinnere daran, daß der General-Postmeister Nagler sich an der ersten Probefahrt der Berlin-Potsdamer Bahn nicht betheiligte und die Eisenbahn für einen moderen Schwindel erklärte. Und jetzt sollen wir unser Eisenbahnwesen der Weisheit und Allmacht dieser selben Staatsregierung anvertrauen, die sich damals so sehr geirrt hat? Die natürliche Entwickelung der Dinge ist übrigens viel mächtiger, als man im Allgemeinen annimmt. Mit der Zollpolitik werden Sie die Entwickelung der Dinge nicht aufhalten; es wird die Zeit kommen, wo man die Briefe des Reichskanzlers ebenso ansehen wird, wie die damaligen Briefe des General-Postmeisters Nagler, als eine schwere Verirrung (Rufe rechts: Oho!) — die damals auf Seite des Herrn Nagler gestanden, waren ebenfalls Conservative (Große Heiterkeit) —, als eine Verkennung der Entwickelung unseres Eisenbahnwesens, und der Tag, von dem der Minister gesprochen, wird nicht als ein Tag des Fortschrittes, sondern als ein Tag unverzeihlicher Verirrung bezeichnet werden. (Beifall links.)

Abg. Leuschner spricht für die Vorlage. Redner geht von der Ansicht aus, daß die Vermehrung unseres Staatsbahnnetzes dazu geeignet sei, den Nationalwohlstand zu vermehren, und daß somit Regierung und Volksvertretung die Pflicht habe, für das Staatsbahnsystem einzutreten.

Minister Maybach behält sich die Entgegnung auf die vielen Vorwürfe, die gegen ihn erhoben worden, für die morgige Sitzung vor. Nur eine Bemerkung will er heute machen. Meine gestrigen Worte über die Qualität der Börse seien dahin mißverstanden, als wollte er die Börse an sich als einen Giftbaum bezeichnen. Die Börse sei ein nothwendiges Glied in unserem wirthschaftlichen Verkehr, nur glaube er, daß sie eine verderbliche Thätigkeit entfaltet, wenn sie die großen Transportanstalten, die monopolistisch gearteten Hauptverkehrsadern in das Bereich ihrer Thätigkeit zieht. Er glaube, hier müsse die Thätigkeit der Börse ausscheiden.

Die weitere Berathung wird hierauf auf morgen 11 Uhr vertagt. Schluß $3^1/_2$ Uhr.

Romanhaft.

Erzählung von Otto Girndt.

(Fortsetzung.)

Lili fügte sich, obgleich auch sie dadurch zur Selbstüberwindung genöthigt ward; denn ihr Wunsch, die Freundin in's Vertrauen zu ziehen, entsprang nur der Sehnsucht, ihre Herzensseligkeit in ein zweites weibliches Herz auszuschütten. Da Jonas es nicht litt, suchte sie ihrem Mittheilungsdrange an anderem Ort und in anderer Form zu genügen. Sie machte der Tante Irmgard einen Besuch und traf die Senatorin im Begriff, zu ihr zu kommen. Onkel Moritz hatte nämlich Tags vorher im Senat von seinem Bruder das Exemplar der Hofzeitung erhalten, welches Steinthal an Jonas gesandt, und daneben den Zettel, auf dem Andreas das Verfahren des Herrn von Wetterspitz geweissagt. Die beiden Dokumente zusammengehalten, mußten Irmgard überzeugen, wie wenig ihr theurer Baron ihre Schwärmerei verdiente. Ihre Stimmung schlug denn auch nach zwei Seiten vollständig um; sie fing an, den Jugendfreund als Heuchler zu verachten, und Steinthal, den sie bisher gehaßt, erwarb ihre Aestimation. Als Lili nun kam, um ihr die Papiere wieder abzufordern, gestand sie aus freien Stücken, der junge Mann habe ihr in der Villa vom ersten Moment an imponirt, jetzt aber könne sie sein männliches Wesen erst recht würdigen.

„Das freut mich, liebe Tante, freut mich sehr," entgegnete Lili, „denn es ist Aussicht vorhanden, daß er hierher übersiedelt, und Du wirst ihn dann vielleicht öfter bei uns sehen, da Papa ihm seinen Formverstoß vergiebt."

„Thäte es Dein Vater nicht," versetzte die Tante mit dem Bewußtsein ihres Einflusses, „so würde ich mich des jungen Mannes gegen ihn annehmen. Sag' ihm das, wenn Du nach Hause kommst; denn nun sparst Du mir den Gang zu Euch, Lili!"

Die Nichte versprach, die Bestellung auszurichten, und der Papa hörte sie mit Ergötzen an. —

Den folgenden Vormittag verbrachte Jonas still in seinem Atelier, doch seine Gedanken schweiften oft in die Ferne zu Andreas, wie sich der betrogene Betrüger wohl geberdet haben würde, nachdem der Postbote bei ihm vorgesprochen.

Da trat Selma in die Werkstatt: „Hier kommt eine telegraphische Depesche an Dich, lieber Ewald!"

„Woher?"

„Ich weiß es nicht, Du wirst's ja finden." Damit wollte sie sich entfernen. Er aber hatte im Nu das Telegramm aufgerissen und rief:

„Hurrah! Viktoria!"

Dies Siegesgeschrei übte die Wirkung, daß Selma stehen blieb und sich umsah. Der Gatte sprang auf sie zu: „Da lies, Schatz!"

Anscheinend ganz gleichmüthig fragte sie: „Was ist's?"

„Gewonnen Spiel! Da lies!"

Sie las: „Ihr seid mystifizirt. Festhalten, wenn er vor mir da! Treffe morgen ein. Andreas."

Selma sah ihren Mann ruhig an: „Was bedeutet das?"

Er umarmte sie: „Jetzt sollst Du Alles wissen, Schatz! Aber vorher rasch zu Lili!" Er nahm ihr die Depesche weg. „Was soll ich Dir mitbringen? Adieu, ich fliege! Schließe das Atelier!" Er riß den breitkrämpigen Hut vom Wandnagel und rannte im Malkittel hinaus, als brenne es hinter ihm. Schon nach einer kleinen halben Stunde stand er wieder vor seiner Frau, in ihrem Zimmer, mit einer ungeheuren Düte befrachtet.

Kaltblütig, wie sie ihn entlassen, empfing ihn Selma, auf seine Bürde zeigend: „Das scheint Kuchen!"

Er war athemlos: „Ja, Kuchen! Sei so gut nimm! Der Senator war nicht zu Hause, aber Lili kommt Nachmittag mit ihm zum Kaffee, wir müssen großen Kriegsrath halten, und Du, mein lieber, kleiner, reizender Feldwebel, sollst zum Lohn für Deine tapfere Haltung in diesen Tagen das Präsidium führen! Nun komm'" — er setzte sich auf ein niedriges Tabouret — „komm' her auf meinen Schooß,

Hier sitze still und höre
Die große Wundermäre!"

Selma folgte und legte ihren Arm um seinen Hals: „Wenn sie so wunderbar ist, wie Deine Poesie, bin ich nicht sehr gespannt."

„Du bist ausgewechselt, rein ausgewechselt!" erklärte Jonas. „Gut, es hat auch Zeit bis zum Kaffee!"

Sofort lies sie ihn los: „Ich gedulde mich mit Vergnügen!"

Er zog sie augenblicks zurück: „Nein, potz Blitz, jetzt kann ich's nicht mehr auf dem Herzen behalten!"

„Das ist etwas Anderes, versetzte sie gravitätisch, „dann rede!"

Zwölftes Kapitel.

Pünktlich zu der zwischen Lili und Jonas verabredeten Stunde stellte sich der Senator mit seiner Tochter ein. Selma flog dem Mädchen entgegen und bedeckte sie mit Küssen.

„Mäßigung! Fassung!" kommandirte der Professor, im nämlichen Augenblick jedoch ward er selbst von Bingo embrassirt.

Eine der Tassen auf dem Kaffeetisch stand in einem zierlichen Vergißmeinnichtkranz. Es bedurfte keiner Frage, für wen die Hausfrau den Platz bestimmt. Als Lili's Auge auf die blauen Sternlein fiel, kam ihr Mund noch einmal mit den Lippen der Freundin in Kontakt, die sie auf den Stuhl zog:

„Nun wollen wir aber rasch einen Feldzugsplan für morgen entwerfen."

„Daraus geht hervor: Du hast ihn schon entworfen!" errieth Ewald.

Sie bejahte: „Ich gönne Dir nicht allein die Ehre, unseren Freunden zu dienen."

„So laß Deine Dispositionen hören!" forderte er.

Sie that es und Niemand erhob Ausstellungen, im Gegentheil fanden Selma's Vorschläge unbedingte Anerkennung. Die erste thatsächliche Folge derselben war, daß am Abend das kleine Metallschild, welches den Namen Franz Bingo trug, von der Hausthür des Senators fein säuberlich abgelöst und von Lili in Verwahrung genommen wurde. Am andern Morgen um neun Uhr stand Ewald Jonas auf dem Ostbahnhof und sah den langen Zug hereinbrausen. Die Coupés öffneten sich.

„Andreas!"

„Ewald!" Steinthal warf seinen Handkoffer auf den Perron und sprang hinterdrein. Er sah blaß aus, sein Blick aber brannte fast fieberhaft, Die Worte stürzten ihm vom Munde: „Mein Telegramm muß Dich unendlich überrascht haben. Was denkst Du davon, daß ch selbst hier bin?"

„Wir sind mystifizirt?" fragte Jonas zurück.

„Unerhört!"

„Also jener Herr von Röder —"

„Giebt sich nur für Röder aus! Wann ist er zu erwarten?"

„Er ist schon hier, liebster Andreas!"

„Schon hier? Ja, wie — wie ist das möglich? Ich komme rein um meine Sinne! Hast Du ihn denn gesehen?"

„Wir werden ihn sehen," antwortete Jonas ausweichend, „wenn Du mich zu dem Einsender des Aufrufs begleitest."

„Der ihn doch nicht auf meine Ankunft vorbereitet hat?"

„Gott bewahre! Er wundert sich aber natürlich, daß Du kommst und nicht Herr von Röder selbst."

„Lieber Freund, warte, bis wir bei ihm sind, damit ich mich nicht wiederholen muß! Laß mich nur geschwind gleich hier in's Bahnhofshotel gehen! Sowie ich mich vom Reisestaub befreit, steh' ich zu Deiner Verfügung."

„Ich flanire vor der Thür, Andreas, daß Du Dich ungestört in Scene setzen kannst."

Steinthal versicherte, er werde sich sehr beeilen, und ließ den Professor in der That nicht länger warten, als manche Dame Zeit braucht, um den Hut aufzusetzen und ein Paar Handschuhe anzuziehen. Sobald er sich von Neuem mit Jonas vereinigt und ihn unter den Arm genommen, begann er:

„Ewald, Deine Frau wird es nicht übelnehmen, wenn ich ihr erst später aufwarte. Du führst mich also jetzt zu Wem?"

„Zu dem ehemaligen Vormund der jungen Dame."

„Schon recht! Doch wer ist der Herr?"

„Ich soll ihn nicht nennen, bis er's selbst thut."

„Das ist ja seltsam!"

„Durchaus nicht! Er hat Dir einen besonderen Dank zugedacht; denn er betrachtet Dich mit Recht als den Retter des Mädchens."

Daß es dem Retter nicht um Dank zu thun war, sprach er in der Ewiderung aus: „Ich übe nur Menschenpflicht. Soll ein Elender das ganze Lebensglück des armen Kindes ruiniren? Wenn sie ihn heirathete und sein verwegener Betrug käme eines Tages an's Licht, sie müßte ja wahnsinnig werden. Der freche Industrieritter wagt sein Bubenstück auf die Hoffnung hin, daß der echte Röder dem Aufruf nicht Folge giebt."

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

*** [Wunder-Erklärung. In einer Londoner Knabenschule wird zwischen dem Religionslehrer und einem Knaben folgendes Gespräch geführt. Pfarrer: „Was ist ein Wunder?" Knabe: „Weiß es nicht." Pfarrer: „Wenn einmal die Sonne mitten in der Nacht scheinen würde, was würdest Du sagen, daß dies sei?" Knabe: „Der Mond." Pfarrer: „Aber wenn Dir gesagt würde, daß es die Sonne sei, wie würdest Du das nennen?" Knabe: „Eine Lüge." Pfarrer: „Ich aber sage niemals eine Lüge. Setze nun voraus, daß ich Dir sagen würde, daß es die Sonne sei, was würdest Du dann denken?" Knabe (nach einigem Zögern): „Daß Euer Ehrwürden nicht ganz nüchtern seien!"

*** [Anekdote aus dem Leben des Kaisers Nikolaus.] In einem Aufsatze der Russischen Revue Rußkaja Starina finden sich mehrere Charakterzüge aus dem Leben des Kaisers Nikolaus erzählt. Hier möge eine der drolligsten Anekdoten stehen: Der bekannte Komiker des kaiserlichen Theaters, A. Martynow, wendete sich an den Minister Fürsten Wolkonskij mit der Bitte, ihm wegen zerrütteter Gesundheit einen Urlaub und eine Geldunterstützung zu einer ausländischen Reise zu gewähren, wurde aber abschläglich beschieden. Allein Martynow verlor nicht die Hoffnung. Er erfuhr nämlich, daß der Kaiser den Fürsten oftmals ganz einfach besuche, und fand sich zu dieser Zeit, kurz vor dem Kommen des Kaisers, im Vorzimmer des Fürsten ein. „Was machst du hier Martynow?" fragte der Kaiser, als er an ihm vorüberging. „Ich wollte, Majestät, meine Bitte um Urlaub und eine Geldunterstützung wiederholen." — „Komm mit mir, ich werde dein Fürsprecher sein beim Minister." So trat er in Begleitung Martynows in das Cabinet des Fürsten und sagte zu Letzterem: „Ich habe einen Bittsteller mitgebracht . . . . Ja aber," mit diesen Worten wendete er sich an Martynow, „zuerst mußt du mich spielen." Martynow gerieth in Verlegenheit. „Das verstehe ich nicht, Majestät, da ich nie mich auch nur in Gedanken erkühnt habe, Ihre Person darzustellen." — „Dummes Zeug, spiele, wie du es verstehst, es bleibt Alles unter uns." So mußte nun Martynow sich dem Kaiserlichen Wunsche fügen. Er erbat sich den Helm des Kaisers, den dieser ihm lachend darreichte. Hierbei muß bemerkt werden, daß Martynow ziemlich hager war, von nicht großer Gestalt, daß ihm also der Helm zu breit und zu groß war. Martynow setzte den Helm auf, richtete sich empor, streckte den rechten Fuß vor, hob den Kopf in die Höhe und fragte den Minister, indem er die Stimme des Kaisers nachahmte: „Wie sind Sie, Durchlaucht, mit dem Schauspieler Martynow zufrieden?" Dann, ohne die Antwort abzuwarten, nahm er schnell den Helm ab, nahm vor dem Kaiser die Haltung Wolkonskij's an und antwortete mit täuschend nachgeahmter Stimme des Letzteren unter tiefer Verbeugung: „Sehr zufrieden, Majestät!" Martynow setzte wiederum den Helm auf und fuhr im Tone des Kaisers fort: „Wenn Sie, Fürst, mit Martynow zufrieden sind, so lassen Sie ihm so bald als möglich tausend Rubel auszahlen." Dann fuhr er mit lauter Stimme als Minister fort: „Wird sofort geschehen, Majestät." Der Kaiser lachte unaufhörlich und sagte schließlich: „Wenn Martynow in meinem Namen dir befohlen hat, ihm tausend Rubel zu geben, so gieb sie ihm. Er ist dessen werth als vollendeter Komiker. Ich danke dir, du hast uns sehr amüsirt, führe dich ordentlich und schone deine Gesundheit." Diese Anekdote ist nach den eigenen Worten Martynow's aufgezeichnet, der sie mit Vorliebe erzählte.

Provinzielles.

Tilsit, 11. November. Wie die „Tils." Ztg." erfährt, ist auf persönliche dringende Verwendung des Herrn Regierungs-Präsidenten v. Schlieckmann durch den Herrn Ressort-Minister der Bau einer Brücke bei Sköpen über die Memel auf Staatskosten genehmigt worden.

Eydtkuhnen, 9. November. Der Paßzwang für die aus Rußland kommenden Reisenden besteht leider noch immer. Jedoch giebt der Paßzwang mitunter wenigstens Anlaß zu heiteren Episoden, von denen ich eine hier, ohne für die Wahrheit zu bürgen, wiedergebe: Ein junges jüdisches Mädchen langte unlängst in Kibarty an, ohne den erforderlichen Paß zu besitzen; sie klagte ihr Leid einem Mitreisenden, einem hochbetagten jüdischen Manne, und dieser erbot sich, dieselbe auf seinen Paß als seine Frau nach Eydtkuhnen mitzunehmen. Dem in Kibarty revidirenden Polizeibeamten fiel die Jugend des Mädchens zu dem Alter ihres Pseudo-Ehemannes auf und er lieh seinem Zweifel Worte. Es wurde ihm jedoch von Beiden versichert, daß sie beide Mann und Frau wären; der Beamte bestand jedoch darauf, daß sie sich dann küssen sollten, alsdann er von der Wahrheit ihrer Angaben überzeugt sein werde. Der alte Mann war mit diesem Vorschlage natürlich einverstanden und schritt zur Ausführung desselben, das junge Mädchen sträubte sich jedoch und gab erst dann nach, als Ersterer in seinem Dialekt ihr zuraunte: „Nu giebt, giebt! sollen wir sich mit die Russische Regierung verfeinden?" (Ostd. Grenzb.)

A. **Elbing**, 11. November. Die Beschwerde an das Abgeordnetenhaus in der Simultanschul-Angelegenheit ist bekanntlich bereits jedem einzelnen Abgeordneten gedruckt überreicht worden. Wenn man sich auch hier am Orte nicht zu viel Erfolg unter dem gegenwärtigen Regim des Cultusministeriums von der Petition verspricht, so ist gerade die Elbinger Angelegenheit dazu angethan, die Zweckmäßigkeit der Simultanschulen an Orten mit so stark gemischter Bevölkerung zu beweisen. Es geht aus den beiligenden Urkunden ferner zur Evidenz hervor, welch bedeutende Opfer die hiesige Commune nach der erwähnten Richtung zu bringen im Stande gewesen ist. Gegen 600,000 Mark sind für Schulbauten verausgabt worden. Ganz ungerechnet sind die kostspieligen Bauten für das höhere Schulwesen. Die modernen Schulgebäude, ausgestattet mit allen pädagogischen Hilfsmitteln der Neuzeit, haben mit dazu beigetragen, dem Schulwesen Elbings einen guten Namen bis über die Grenzen der Provinz zu verschaffen. Aus Deutschland, bis aus Kurland trafen Pädagogen ein, die Elbinger Schulorganisation kennen zu lernen. Die Stadt kann sich gratuliren, Oberbürgermeister wie Phillips, Burscher, Selke, Thomale gehabt zu haben, welche die Hebung des Schulwesens ihre erste Aufgabe sein ließen. Nomina sund odiosa, aber wir könnten die Chefs unserer Commune namhaft machen, welche schulfähige Kinder während der Unterrichtszeit auf der Straße anhielten, sich nach der Ursache der Schulversäumniß und nach ihrem sonstigen Ergehen erkundigt. Und ist dann die Idee, daß Kinder einer Stadt, eines Stadtviertels, einer Straße ein und dieselbe Unterrichtsanstalt besuchen sollen, unbeirrt darum, ob sie Kreter oder Araber sind, da ihren religiösen Bedürfnissen ganz ungehindert Rechnung getragen wird, wirklich so unzeitgemäß. Wir glaubens nicht! Haben doch ihre Väter ganz ohne Rücksicht auf ihr religiöses Bekenntniß stets den Feinden gegenüber gestanden und lassen wir uns alle die glorreichen Erfolge nicht schmälern.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Rülf in Memel.